

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 165.

Dienstag, den 17. Juli 1917.

24. Jahrg.

## Ein Nachruf.

Von Max Grünwald.

Die Ruhe nach einem entnervenden Kampf und Wirrwarr und die zeitliche Entfernung von der erlösenden Krise mildert das Urteil und gibt ihm objektive Gehehe. Außerdem wird der Richter nach der Fällung des Urteils immer das Gute umso lieber und leichter anerkennen, als das Schlechte und das die Beurteilung Begründende hindreichend während der Verhandlungen über den Angeklagten zu Wort und Recht gekommen ist. Es ziemt im besonderen der Sozialdemokratie von einem solchen, wenn wir so sagen dürfen, geläuterten und freieren Standpunkt aus den scheidenden Reichskanzler zu bewerten und über der Parteien Gunst und Haß doch auch das relativ Mäßige, Bleibende und Positive einer achtjährigen staatsmännischen Arbeit festzuhalten.

Die deutsche Sozialdemokratie ist, wie zu der Regierung und den Staatseinrichtungen überhaupt, so im besonderen zu Herrn v. Bethmann-Hollweg während dieses Weltkrieges in ein Verhältnis des Sichstehens und -ertragens gekommen, und sie hat seinen persönlichen Charakter, die Ehrlichkeit seiner Gesinnung und die Gründlichkeit seines Pflichtbewußtseins schließlich innerhalb der Kriegsaufgaben auch dort anerkannt, wo sie in der Sache schärfstens widersprechen mußte. Vor dem Kriege aber ist bei dem ungehemmteren, durch keine nationalen Rücksichten gebundenen Klassenkampf auch das nicht einmal vollwertig anerkannt worden, worin wir damals schon mit ihm ein Stück des Weges zusammengingen. Wir haben das kritische Einzelne vielfach über das gute Ganze gestellt und waren an die Verneinung so gewöhnt, daß wir nur höchst ungern eine zustimmende Anerkennung sogar zu Selbstverständlichkeiten auszusprechen uns herbeiließen, weil es geradezu leicht in ein Lob der gesamten Regierungsgewalt und der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verdrängt werden konnte. Immerhin hat die Partei doch auch schon bei der inneren Reform der Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens durchaus und voll offener Anerkennung auf Seiten des Kanzlers gestanden und seinen durchsichtigen Kampf gegen andere Ausnahmemaßnahmen und Ausnahmemaße nicht nur unterstützt, sondern auch vornehmlich anerkannt. Wir haben in ruhigen Stunden auch den Anfang seiner Wahlreform in Preußen begrüßt, so unzulänglich sie gewiß in Form und Inhalt war. Es war immerhin 1910 der erste positive Anfang, auf gesetzmäßigem Wege das fundamentale Unrecht in Preußen zu bekämpfen, und es ist höchlich für alle, die sich in dieser Lage Zerrissenheit einen Sinn für ausgleichende Gerechtigkeit bewahrt haben, ein milder Trost, daß dieses Kanzlers letzter Staatsakt gerade die Unterzeichnung der Sicherung des gleichen Wahlrechts in Preußen war. Auch in der Sozialreform hat die Sozialdemokratie sehr oft im Kleinen wie im Großen hinter diesem scheidenden Kanzler gestanden und im besonderen den umfassenden vorläufigen Abschluß des deutschen Arbeiterlohgesetzes, der Reichsversicherungsordnung, ihre Zustimmung gegeben.

Während des Krieges aber hat sich das Verhältnis der großen Mehrheit unserer Fraktion und unserer Partei zu diesem scheidenden Kanzler so aktiv gestaltet, daß seine und unsere Gegner nicht genug zu höhnen wußten über die „Regierung Bethmann-Scheidemanns“. Nur Verblendung oder politischer Unverstand kann die einseitige Behauptung aufstellen, daß diese unsere aktive Verbindung mit Herrn v. Bethmann-Hollweg in einer ausschließlichen Annäherung von uns bestanden habe, vielmehr wird eine spätere gerechtere und objektivere historische Beurteilung der inneren Politik während dieses Krieges weit eher das Gegenteil feststellen können, mindestens aber anerkennen, daß die Einsicht von gemeinsamen Notwendigkeiten des Staates und von der Mobilisation der gesamten Volksträfte zum Wohle aller auf beiden Seiten gleich groß war. Wir haben in diesem Sinne die Osterbotschaft als einen Fortschritt und die Friedenspolitik des Kanzlers als eine mutige Tat begrüßt und unterstützt.

Was uns Sozialdemokraten aber im besonderen von vornherein zu einer gerechten Beurteilung des scheidenden Kanzlers zwang, das war unsere alte marxistische Erkenntnis von der Relativität und Gebundenheit aller geschichtlichen Macht, von den Hemmungen und Bindungen, denen in einer durch Klassengegensätze und nationalen Wirrwarr zerrissenen Zeit der einzelne auch bei härterem Willen und größerer Energie, als sie Herr von Bethmann-Hollweg in die Wiege gelegt bekommen hat, in ihrem Tun und Lassen unterworfen bleibt. Wer freilich, wie die Alldutschen, keinerlei Hemmungen anerkennt und die tollste Ungebundenheit aller nationalen Äußerungen und Kräfte geradezu zum Wesen einer Politik macht, der konnte diesen Kanzler niemals verstehen und in kein wie immer erträgliches Verhältnis zu ihm kommen. Aus dieser, wenn das Wort erlaubt ist, prinzipiellen Unverein-

stimmung der Politik unserer Unabhängigen mit der Politik der Alldutschen erklärt sich auch, daß diese den Kanzler seit ihrem Bestehen nicht minder scharf als jene bekämpft haben und jetzt seinen Abgang genau so laut wie jene beklagen. Wir glauben, daß eine ruhigere Zukunft auch hier das

richtige Urteil sprach und daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands in jeder Phase ihrer Stellung zu Herrn von Bethmann-Hollweg während seiner Kanzlerschaft, aber auch in jedem Wort dieses Nachrufs auf ihn vor der Geschichte bestehen kann.

## Kanzler, Außenminister und Reichstag.

Am Donnerstag wird der Reichskanzler, Herr Dr. Michaelis, seine Programmrede halten. Man darf nicht allzuviel erwarten; da der neue Kanzler der Politik bisher ziemlich fern stand, wird er aller Wahrscheinlichkeit nach zunächst am sechs Wochen Zeit bitten, um sich genau zu unterrichten und seinen Regierungsplan ins Einzelne auszuarbeiten. Vielleicht wird auch der Befehl in den leitenden Aemtern Preußens und des Reiches noch um einige Tage aufgeschoben werden, bis Dr. Michaelis einen Überblick darüber gewonnen hat, mit wem er weiter arbeiten kann und mit wem nicht und welche Mitarbeiter er sich neu zur Durchführung seiner Politik heranzieht. Unbedingte Klarheit wird zunächst wohl nur in zwei Punkten geschaffen werden, in der preußischen Wahlrechtsfrage und über die Friedensformel.

Die Ankündigung des gleichen Wahlrechts für Preußen war nicht nur der letzte Regierungssatz des gestürzten Kanzlers, sondern trug auch die Unterschrift Wilhelms II. Herr Dr. Michaelis wird keinen Zweifel daran lassen dürfen, daß er die Durchführung des gleichen Wahlrechts zur Verwirklichung dieses Versprechens um jeden Preis und mit allen Mitteln einschlossen will.

Ebenso wird bei der Bewilligung der neuen Kriegskredite das deutsche Kriegsziel eindeutig festgelegt werden müssen. Die Mehrheit des Reichstages, Sozialdemokratie, Zentrum, fortschrittliche Volkspartei und kleinere Fraktionen, haben sich bekanntlich auf ein Friedensprogramm geeinigt, das sie dem Reichstag zur Abstimmung vorlegen werden.

Der Sozialdemokratie ist es jetzt gelungen, für ihre Friedensgedanken die Mehrheit des Reichstages zu gewinnen. Die Annexionspolitiker denken aber deshalb nicht daran, abzuziehen, sondern treiben ihre Propaganda mit verdoppelter Wut weiter. Der „unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden“ erhebt Einspruch gegen diese neue Friedensfundgebung und wagt es, dieses Angebot als das eines faulen Fisches zu verächtigen, „der unser ganzes Dasein, unsere wirtschaftliche und politische Existenz als selbständige Nation preisgibt und unsere Zukunft einem unheilbaren Stochum überantwortet.“ Ihm sekundiert der ganze Chor der Eroberungspreffe. So fabelt die „Tägliche Rundschau“, die Rundgebung verbände ihre Entstehung einem Nervenzusammenbruch des Verfassungsausschusses — der Verfassungsausschuss hat sich niemals mit der Friedensfundgebung beschäftigt. Sie fordert eine Gegenfundgebung, die unumwunden aussprechen soll, daß angeblich die Mehrheit des deutschen Volkes und namentlich auch die feldgraue Mehrheit anders denke; sie erklärt einen Gegenstich der Regierung gegen Scheidemann und Erzberger für unerlässlich. Und in ähnlicher Tonart klingt es aus allen alldutschen Blättern.

Bei aller Rücksicht, die man dem neuen Mann in seiner Schonzeit gern entgegenbringt, kann Dr. Michaelis über seine Stellung zur Friedensfrage also nicht schweigen. Er muß offen sagen, ob er den Verständigungsfrieden oder den Bergewaltigungsfrieden will. Lehnt er den Standpunkt der Reichstagsmehrheit ab, an dem diese unbedingt festhält, dann ist der offene Konflikt gegeben; und unserer Ueberzeugung nach wird Herr Dr. Michaelis die Erfahrung machen, daß kein Kanzler in Deutschland mehr gegen den Reichstag regieren kann. Wir haben allerdings alle Veranlassung anzunehmen, daß er den Versuch dazu gar nicht erst machen, sondern sich der Friedensfundgebung des Reichstages anschließen und für sie auch die Zustimmung der Krone finden wird.

Einen allgemeinen Schluß über die Richtung, in die Dr. Michaelis die Außenpolitik des Reiches zu leiten gedenkt, wird man schon aus der Wahl des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen ziehen können. Der Rücktritt Zimmermanns ist gewiß und muß sofort erfolgen. Als sein Nachfolger war mit großer Bestimmtheit Graf Ulrich von Brockdorff-Rantzau, der deutsche Gesandte in Kopenhagen, genannt worden. Möglich wurde von alldentscher Seite die Kandidatur des Admirals von Hinz, des Gesandten in Christiania, leidenschaftlich und betrieblich in den Vordergrund geschoben. Auf der anderen Seite empfiehlt die „Vossische Zeitung“ lebhaft den Grafen Bernstorff, und das „Berliner Tageblatt“ weist auch auf Freiherrn von Rielmann, den Botschafter in Konstantinopel, auf Dr. Rosen, den deutschen Gesandten in Haag, und auf den Staatssekretär im Reichskolonialamt Dr. Solff als geeignete Anwärter hin. So schwer es war, einen Reichskanzler zu finden — der Chef des Zivilkabinetts soll den höchsten preussischen Orden dazu erhalten haben, daß es

ihm so rasch gelang — so leicht wird es sein, aus dieser großen Zahl einigermaßen bewährter Diplomaten einen passenden Mann für die Friedenspolitik des deutschen Reichstages zu gewinnen. Nur Herr von Hinz ist dazu infolge seiner Vergangenheit, namentlich wegen seiner Tätigkeit als Marine-Attache in Petersburg während der ersten russischen Revolution, nicht geeignet; seine Ernennung würde wie eine Herausforderung der Reichstagsmehrheit wirken, auch wenn sie nicht so beabsichtigt wäre, weil sie das Friedensstreben erschwerte. Wir halten es für sehr unwahrscheinlich, daß die Wahl auf Herrn von Hinz fallen wird. Die „Deutsche Tageszeitung“ macht zwar vor anderen Anwärtern, insbesondere dem Grafen Bernstorff, graulich, indem sie behauptet, er sei Vertreter des Bezahlsfriedens — seine Ernennung würde als Zeichen deutscher Schwäche und als Einleitung deutscher Nachgiebigkeit angesehen werden. Aber das Deutschland des Friedensangebots vom 12. Dezember hat den Vorwurf der Schwäche auch nicht gescheut und braucht ihn jetzt auch nicht einen Augenblick zu fürchten. Wohl aber muß es darauf achten, eine Herausforderung zu vermeiden, und mit Rücksicht hierauf muß Dr. Michaelis sich seinen ersten Mitarbeiter wählen. Er steht vor einer ersten weittragenden Entscheidung.

## Die Kriegslage.

Nachdem die Engländer am 15. Juli 4 Uhr vormittags bei Combarzde dreimal blutig abgeschlagen waren, sammelten sie um 11 Uhr vormittags abermals Sturmtruppen beiderseits der Straße Kieuport-Combarzde. Das sofort einsetzende kräftige Zerstückungsgeschütz auf die feindlichen Gräben ließ jedoch den geplanten Angriff nicht auskommen. Im Artois fand in der Nacht zum 15. Juli gleichzeitig mit den gemeldeten feindlichen Vorstößen ein weiterer Angriff einer starken englischen Erkundungsabteilung bei Bullecourt statt. Er schieterte wie die übrigen. Der an einer Stelle eingebrungene Feind wurde im Nahkampf wieder geworfen. Das Feuer war besonders abends und nachts lebhaft gesteigert. Unsere Batterien beschossen die Schützgräben von Rouz, les Mines und Arras. Verschiedene feindliche Patrouillen wurden vertreiben, während eine eigene Patrouille östlich von Bullecourt Gefangene zurückbrachte. Die Zahl der aus dem erfolgreichen Vorstoß südwestlich von Courtecon eingebrachten Gefangenen erhöhte sich auf 375. Bei fünf starken, in der Nacht zum 15. Juli verführten französischen Gegenstößen, die auch im Laufe des Tages mehrfach wiederholt wurden, erlitten die Franzosen außerordentlich schwere Verluste. Der gemeldete Angriff auf den Bodelle-Rücken wurde durch zweifelhafte Artillerie- und Minenfeuer aller Kaliber vorbereitet, das sich um 5 Uhr 25 nachmittags zum Trommelfeuer steigerte. Der in unserem Feuer zusammenstößende feindliche Angriff kostete den Franzosen abermals schwerste Blutzosen. Unsere Flieger belegten nachts auf den 16. Juli die Orte Chalons, Fresnes, Mourmelon le Grand ausgiebig mit Bomben und griffen lohnende Ziele mit Maschinengewehrfeuer an. In der Nacht zum 16. Juli wurde nach früher einständiger Artillerievorbereitung eine gegen unsere Stellungen nordwestlich von Brunay vorstößende Erkundungsabteilung mit Handgranaten und Infanteriefeuer abgemengt. Westlich der Maas wiesen wir im Morgengrauen des 16. Juli einen matten feindlichen Vorstoß gegen die Höhe 304 zurück. Das feindliche Feuer ging am Nachmittag in kräftige Feuerüberfälle über und steigerte sich von 5 Uhr ab zu größerer Stärke auf die Kampfstellungen der Höhe 304. Erst gegen Mitternacht flaute es ab, um mit Tagesanbruch erneut gegen unsere Stellungen vom Ouwald von Avoourt bis zur Maas einzusetzen.

Im Osten hielt der Regen an. Wir drückten zur Verbesserung der Stellung unsere Linie nördlich und nordöstlich von Raluz um etwa einen Kilometer vor und wiesen Gegenangriffe ab. In den Karpaten war bei Regen und Nebel das feindliche Feuer nur im Tartaren-Passe und nördlich davon, sowie an der Ditzingstraße zeitweise etwas lebhafter. Mehrfache russische Patrouillenvorstöße wurden zurückgewiesen.

In Rumänien lebhaftere Geschäftstätigkeit, namentlich zwischen der Donau und Rimnicul, sowie bei Jacea. 1 Uhr nachts wurde Prislava vom Gegner heftig durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer beschossen. Ein von Rarolacz auf Raral marschierendes feindliches Bataillon wurde unter Feuer genommen. Unsere Artillerie setzte ihr Zerstückungsgeschütz auf die feindlichen Anlagen südlich der Rimnicul-Mündung fort. Der Bahnhof von Maralesti wurde weiter beschossen. Explosionen auf dem Bahnhof Meinen hielten bis in die Nacht an. Brände waren während der ganzen Nacht sichtbar.



Paris, 16. Juli, abends. (Amtlich.)  
Zur Westen mehrfach lebhaftere Feuererregung.  
Im Osten keine größeren Kampfhandlungen.

Wien, 16. Juli. (Amtlich.)

### Österreichischer Kriegsschauplatz.

In den Waldkarpaten und südlich des Dniepr wurden Fortschritte feindlicher Erkundungsabteilungen zurückgewiesen. Sonst weder im Osten noch an der Albanischen Front besondere Ereignisse.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Jamino scheiterten mehrere italienische Teilangriffe.  
Ereignisse zur See: Eines unserer U-Boote, Kommandant Vintenschiffleutnant Tropp, hat am 8. Juli die militärischen Anlagen von Derna (Nord-Afrika) durch eine Stunde mit guter Wirkung beschossen. Das Feuer feindlicher Landbatterien war erfolglos.

## Frankreich und Belgien.

### Die gegnerischen Seeresberichte.

Frankösischer Bericht vom 15. Juli, nachmittags: Nach mehrstündiger Vorbereitung durch Trommelfeuer unternahm die deutsche Flotte am Abend einen starken Angriff auf einen vorrückenden Punkt in unserer Linie westlich von Cerny. Der Kampf war sehr heftig und dauerte die ganze Nacht hindurch mit wechselndem Erfolge an. Trotz der großen Verbände, die der Feind in den Kampf warf, und der starken Verwendung von Flammenwerfern wurden die Angreifer schließlich aus dem Stützpunkt, wo sie eingedrungen waren, wieder hinausgeworfen; sie konnten nur einige Abschnitte in unserer ersten Linie auf einer Front von etwa 500 Meter halten. Die Artillerietätigkeit im Abschnitt von Craonne-Champagne war unverändert lebhaft.

Nach starker Artillerievorbereitung griffen unsere Truppen 7 1/2 Uhr abends die deutschen Stellungen an zwei Punkten der Front an. Der Angriff wurde mit außerordentlicher Kraft geführt und es gelang, alle vorgesehene Ziele nördlich von Hochberg und an den Nordwesthängen des Hoch-Berges zu erreichen. Unsere Soldaten bestanden die bewundernswürdige Probe ihrer Tüchtigkeit: Sie nahmen ein hart besetztes Grabenstück des Feindes in einer Breite von ungefähr 800 Metern und einer Tiefe von 300 Metern. Die Deutschen antworteten heftig. Ihre Angriffe folgten sich während eines Teiles der Nacht, alle scheiterten unter schweren Verlusten in unserem Feuer oder nach Handgemenge. Die eroberten Stellungen werden vollständig gehalten. Die Zahl der bei dieser Unternehmung getöteten Gefangenen beträgt 350, darunter 9 Offiziere. Feindliche Truppenansammlungen, die zur Abholung bestimmt waren, wurden unter unser Artilleriefeuer genommen, fast mitgenommen. Auf dem linken Maasufer war die Nacht bemerkenswert durch sehr lebhaftes Artillerietätigkeit in der Gegend der Höhe 204 und des Loren Mannes. Westlich vom Loren Mann wiesen wir einen feindlichen Angriff ab. Im Walde von Hocourt ausgedehnte Tätigkeit von Erkundungsabteilungen; wir nahmen Gefangene. Auf dem rechten Ufer wurden feindliche Erkundungsabteilungen, die unsere Linien am Ostende des Waldes von Couriers zu erreichen versuchten, durch Feuer zerstört.

Abendbericht: Der Artilleriekampf ging tagsüber mit geringerer Heftigkeit in der Gegend westlich von Cerny weiter. Beschreibungen mit Unterbrechungen in der ersten Linie des Abschnittes von Craonne. In der Champagne bauten unsere Truppen die Stellungen aus, die wir letzte Nacht nördlich des Hoch- und Hoch-Berges eroberten. Der Feind erwiderte nur mit Artillerie. Westlich der Höhe von Mesnil und in den Argonne in Richtung auf Balante führten wir erfolgreiche Vorstöße in die feindlichen Gräben aus und brachten Gefangene zurück.

Englischer Bericht vom 15. Juli, nachmittags: Nächtlige Zusammenstöße von Erkundungsabteilungen, die für uns günstig verliefen. Südlich von Hamcourt und Furnes. Vorstöße in der Gegend von Bellecourt, Gavralle und südlich von Armentieres. Wir warfen deutsche Sturmtruppen nördlich von Armentieres zurück.

Abendbericht: Seine Artillerien waren den Tag über tätig in der Nähe von Armentieres, Eschbaere und Neuvort.

### Eine kühnliche Sitzung des französischen Sozialisten-Ausschusses.

„Nouvelles de Lyon“ berichtet aus Paris: Die Vollziehung des sozialistischen Ausschusses zur Beantwortung des holländisch-italienischen Fragebogens hat sich von Renaudel einen Bericht über die Beantwortung für den Krieg und über die Beziehungen zur Gesellschaft der Nationen erstatten lassen. Nach diesem Bericht fällt die ganze Verantwortung für den Krieg auf die Mittelmächte zurück. Der Anhänger der Minderheit, Baillet-Latour, an die Erklärungen von Thomas und Ribot über die sozialistische Partei teils keineswegs dessen persönliche Ansicht. Renaudel stimmte der Ansicht Baillets zu und erklärte, die Meinung von Thomas sei für die Partei keineswegs bindend. Die Entscheidung über die Frage der Verantwortung für den Krieg dauerte sehr lange und verlief sehr heftig und erregt. Die Meinungsverschiedenheiten der beiden Parteifaktionen wurden durch die Erklärungen verschärft. Renaudel erklärte, die Minderheit werde durch ihn einen anderen Bericht einbringen lassen, um ihrem Standpunkt Gehör zu verschaffen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, so daß sofort nach Einbringung des Minderheitsberichts eine neue Sitzung stattfinden wird.

## Rußland.

### Der Kampf um Finnlands Selbständigkeit.

Nach der finnischen Zeitung „Työväen“ hat der finnische Landtag mit großer Mehrheit beschlossen, Finnland selbständig zu machen. Der Landtag erklärt, daß die vorläufige Regierung nicht die Befugnis hat, über Finnland zu bestimmen, und daß der Senat und der Landtag die Regierungsmacht im Lande ausüben. Der sozialistische Abgeordnete Wackeli hielt eine große Rede, in der er die finnische Jugend ermahnt, sich zu bewaffnen, um etwaigen Gewaltmaßnahmen zu begegnen.

Die Feindtruppen der Bolschewiken haben sich aus Helsinki zurückgezogen. Die finnische Regierung hat erklärt, daß die dritte Sitzung des Landtags am Montag abends festgesetzt werden soll. Die Lage bleibt unverändert. Es scheint, daß die Annahme der Vorlage durch den Landtag feststeht. Es fragt sich nur, ob die Vorlage verfassungsmäßig angenommen werde, oder ob die Regierung des Landtags durch die Staatsgrundgesetze keine Rücksicht zu nehmen. Im letzteren Falle würde das neue Gesetz eine revolutionäre Handlung darstellen. Die verfassungsmäßige Annahme der Vorlage, das heißt mit dem Gesetz der Stämme, verpflichtet den Landtag, die vorläufige Regierung zur Beibehaltung anzuplenken, wodurch die Möglichkeit neuer Verhandlungen gegeben wäre und zu gegenseitigen Zugeständnissen führen könnte.

## Der Seekrieg.

### Erfolgreiche Luftangriffe auf Desel.

WBS. Berlin, 16. Juli. (Amtlich.) Hafenanlagen von Arensburg und die russische Seeflugstation Papenholm auf der Insel Desel wurden von unseren Flugzeuggeschwadern der Ostlichen Ostsee in den letzten Tagen wiederholt und erfolgreich mit Bomben angegriffen. Die Flugzeuge sind sämtlich unverletzt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

## Allerlei Kriegsnachrichten.

### Der Erfolg einer Gegenmaßregel.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Vor kurzem wurde in der Presse mitgeteilt, daß die französische Regierung angeordnet habe, den deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten Nahrungs- und Genussmittel, Arzneimittel, Toiletteartikel aus den an sie gerichteten Sendungen nicht mehr auszuhandigen. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß entsprechende Maßregeln gegen die französischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Deutschland getroffen waren. Jetzt kann erfreulicherweise mitgeteilt werden, daß die französische Regierung ihre Maßnahmen aufgehoben hat. Die deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Frankreich dürfen also wieder wie früher Pakete und Sammelsendungen jeden Inhalts empfangen. Die deutsche Gegenmaßregel wurde daraufhin ebenfalls aufgehoben.

### Deutsch-norwegischer Notenwechsel über die Beförderung von Sprengstoffen durch den deutschen Kurier.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ veröffentlicht den Notenwechsel zwischen der norwegischen Gesandtschaft in Berlin und dem Auswärtigen Amt über die Beförderung von Sprengstoffen durch den deutschen Kurier. Danach erhob die norwegische Gesandtschaft unter dem 28. Juni in der Verbalnote im Namen der norwegischen Regierung gegen die Beförderung von Bomben und anderen Sprengmaterialien durch den deutschen Kurier von Kautenfelds und deren Aufbewahrung in Privathäusern, wozu von Kautenfelds und andere Mitbewohner Zutritt haben, Einspruch als gegen den ersten Mißbrauch des Kurierprivilegiums und Verletzung des norwegischen Territoriums. In der Verbalnote vom 9. Juli läßt das Auswärtige Amt den Sachverhalt auf und teilt mit, daß der Kurier seiner Stellung als Kurier enthoben sei. Ueber die Frage, ob eine strafbare Handlung vorliegt, wird die zuständige Strafbehörde noch zu entscheiden haben. Die deutsche Regierung wiederholt jedoch die Versicherung, daß der Kurier ebensowenig wie eine andere Person von einer deutschen Amtsstelle den Auftrag habe zu einer Verwendung der Sprengstoffe auf norwegischem Gebiete oder gegen norwegische Interessen. Auch kann die deutsche Regierung nicht umhin, der norwegischen Regierung bereits durch die dem deutschen Gesandten in Christiania übermittelte Verwahrung gegen die mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbarende Verhaftung des die Verwahrung der Speritorialität eingehenden Kuriers durch die norwegischen Behörden sowie gegen seine Unterstellung unter die norwegische Gerichtsbarkeit ausdrücklich zu wiederholen. Auf den Vorwurf der Verletzung des norwegischen Territoriums wird in der Note erklärt, daß solche in einer bloßen Durchfuhr der Sprengstoffe, sowie in deren zeitweiliger Lagerung zum Zwecke der Durchfuhr schwerlich erblickt werden könne, da dies nicht verboten ist. Auch ist im Laufe des Krieges zugunsten der mit Deutschland im Krieg befindlichen Mächte Kriegsmaterial aller Art in großem Umfange durch Norwegen durchgeführt und zeitweilig dort aufgestapelt. Die Note brüht schließlich die Hoffnung aus, daß der von der deutschen Regierung sehr bedauerte Vorfall die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht weiter beeinträchtigen wird.

### Holland bleibt neutral.

Wie der „Times“ aus New York gemeldet wird, erklärte der niederländische Gesandte in Washington in einem Pressegespräch, die Niederlande würden streng neutral bleiben, außer wenn sie angegriffen würden. Kein Druck, der auf die Bevölkerung ausgeübt wird und keine Drohung irgendwelcher Art werden an der Haltung des Landes irgend etwas ändern können. Die Niederlande führten mehr nach England aus als nach Deutschland und sie würden mit der Ausfuhr nach Deutschland nicht aufhören, ohne auch gleichzeitig die Ausfuhr nach England einzustellen. Wenn die Unionstaaten kein Getreide mehr nach Holland ausführen, würde das bedeuten, daß die Kriegsgefangenen und Soldaten, die im Lande verpflegt werden, kein Brot mehr erhalten würden. Die Hauptfrage für Holland sei die absolute unparteiische Neutralität, aber man dürfe deshalb nicht denken, daß Holland keinen Krieg führen könnte. Wenn seine nationale Ehre im Spiele stünde, würde das Land auf die Gefahr einer eventuellen Niederlage nicht vor dem Kriege zurückweichen.

### Stragensruhen in Dschibon.

Die „Morning Post“ erzählt aus Dschibon vom 13. Juli, daß es am 12. Juli anlässlich einer Straßendemonstration von aufständischen Arbeitern zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Sechs Personen wurden getötet und dreißig verwundet. Die Ruhe ist wieder hergestellt. Es wurde der Belagerungszustand verhängt.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Aus dem Reichstage.

Der Vorschlagsausschuß des Reichstages hat beschlossen, die nächste Sitzung des Plenums auf Donnerstag nachmittags 3 Uhr anzusetzen. Auf der Tagesordnung wird die erste Lesung der Kreditvorlage (Fortsetzung) stehen. Wenn möglich, soll die zweite und dritte Lesung am Donnerstag oder am folgenden Tage stattfinden. Weiter werden neben der zweiten Lesung des Entwurfs betr. Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte Petitionen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Am Freitag soll der Reichstag sich bis zum September verringern. Der Hauptantrag und der Verfassungsausschuß werden vor der Verlesung keine Sitzungen mehr abhalten; beide Ausschüsse werden aber vor dem Wiederzusammentritt des Reichstages, voraussichtlich im ersten Drittel des September wieder zusammenkommen, um grundsätzliche Besprechungen für die Plenarsitzungen zu treffen.

Am Donnerstag wird der neue Reichskanzler Dr. Michaelis im Reichstage einleitende Ausführungen machen und sein Programm entwickeln. Auch die von den Mehrheitsparteien verfaßte Kriegszielresolution soll erörtert werden.

Die interfraktionellen Besprechungen der Mehrheitsvertreter gehen täglich weiter. Das „Berl. Tagebl.“ bemerkt hierzu, es sei bei der immer noch gespannten politischen Situation nur zu begrüßen, daß die Mehrheit sich bei dem weitesten Gang der Dinge nicht ausschalten lassen will, sondern es für selbstverständlich hält, zu allen aktuellen Fragen Stellung zu nehmen. Die Besprechungen haben naturgemäß vertraulichen Charakter, aber es könne gesagt werden, daß die Mehrheit des Volkes jedenfalls erwarten darf, daß sich der Reichstag bei dem gegenwärtigen Spiel der miteinander ringenden politischen Kräfte nicht in den Hintergrund drängen und die Stellung und das Ansehen des Parlaments sowohl dem In- wie dem Auslande gegenüber kräftig wahren wird.

### Zur Kohlenversorgung.

Unter dem Vorsitz des neuen Reichskommissars für die Kohlenverteilung hat am Sonnabend eine Sitzung des Beirats in Berlin stattgefunden. In dieser entwickelte der Reichskommissar, wie wir dem „Berl. Tagebl.“ entnehmen, ein Programm für die Kohlenverteilung. Er teilte u. a. mit, daß aus den Kohlenausgleichstellen sachkundige Herren herangezogen seien, die in Berlin mitarbeiten sollten, womit er hoffe, daß dem Wunsch der Industrie Rechnung getragen sein werde. Für Mitteldeutschland, wo besonders verfahrenere Verhältnisse vorlägen, da kein Syndikat bestünde, habe er drei Verteilungsstellen vorgezogen, die ihre Tätigkeit voraussichtlich am 1. August aufnehmen. Diese drei Verteilungsstellen würden ihren Sitz in Magdeburg, Halle und Leipzig haben. Dadurch, daß alle Anträge durch die Verteilungsstelle gingen, hoffe man, daß eine gleichmäßige Verteilung namentlich für den Hausbrand sich ermöglichen lassen werde, und daß das Programm, das für die Versorgung des Hausbrandes mit Brennmaterial zum Vorschlag gebracht sei, entsprechend ausgeführt werden könne.

### Die Kriegsverlängerer an der Arbeit.

Der „Unabhängige Ausschuß für einen Deutschen Frieden“ hatte am Sonntag seine Vertrauensmänner aus dem ganzen Deutschen Reich zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen. Prof. Dr. Dietrich Schäfer hatte das einleitende Referat über die allgemeine politische Lage, Superintendent Rhode aus Schildberg (Posen) besprach die Verhältnisse in Kongresspolen und Justizrat Wagner-Berlin deren Rückwirkung auf die Ostmark. In neuen Leitfäden wandten sich die Anwesenden gegen die Errichtung eines unumschränkten Königreiches Polen, das eine dauernde Gefahr des Deutschen Reiches sein würde. Das Deutsche Reich müsse auch nach für lange Zeit die politische, militärische und wirtschaftliche Oberleitung des etwa entstehenden polnischen Staatswesens in der Hand behalten. Die russischen Staats- und Krongüter müßten Eigentum des Deutschen Reiches werden. Kurland, Litauen, das Gouvernement Suwalki und die jetzt von den deutschen Truppen besetzten Teile des Gouvernements Wilna, Grodno und Minsk dürften nicht mit Polen vereinigt werden, sondern müßten als besondere Verwaltungsgebiete dem Deutschen Reich angegeschlossen werden.

Der „Deutscher Bund“ (Sitz Gotha), eine dem „Unabhängigen Ausschuß“ verwandte Organisation, hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der er eine sehr hohe Kriegsentzädigung fordert; sie müsse so hoch bemessen sein, daß sie „neben einer dauernden wirtschaftlichen Schwächung der Gegner uns reichliche Mittel gewährt zur Lösung gemeinnütziger Aufgaben auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet“. Ein wesentlicher Teil der Kriegsentzädigung könne in Form von Rohstoffen geliefert werden, um die sofortige Wiederaufnahme der Großbetriebe zu ermöglichen. Die Kriegsentzädigung habe aber nicht nur in Form von Barmittezahlungen und Rohstofflieferung, sondern vor allem in der von Landabtretung zu erfolgen. Das erreichbare Raummaß der Landabtretung sei natürlich abhängig von der engültigen Größe unseres Erfolges. Die Neuerwerbungen vor unseren Grenzen seien zunächst als Grenzmarken zu verwalten; unter keiner Bedingung dürften ihre Bewohner politische Rechte erhalten. Diese Bewohner seien, soweit sie fremdkämmig sind (Franzosen, Polen, Russen, Juden usw.) von ihren Mutterstaaten zu übernehmen und durch deutsche Gelder aus dem Reich und dem Auslande zu erlösen. Grundbesitz in nichtdeutschen Händen ist zu enteignen, um Notabteibildung zu verhüten. Das politische und wirtschaftliche Ziel der Zukunft müsse sein, die germanischen Staaten Mittel- und Nordeuropas zu einem Schutz- und Trutzbündnis und mit den wirtschaftlich abhängigen Kundstaaten zu einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet zu vereinigen.

Das ist so ziemlich das Letzte, was auf diesem Gebiet bisher geleistet worden ist. Hoffentlich gibt am Donnerstag der neue Reichskanzler auf diese Eingabe gleich die richtige Antwort.

### Die hellen Sachsen

wollen sich in der Frage der Neuorientierung nicht vom Reichstage hineinreden lassen. Eine Meldung der „Fränk. Ztg.“ aus Dresden besagt: Die sächsischen Minister haben vor einigen Tagen mit dem König Fragen der Neuorientierung im Reich erörtert. Aus den Besprechungen erfahren wir, daß Sachsen alle Eingriffe des Reiches in die verfassungsmäßigen Rechte der Bundesstaaten ablehnt. Zu diesen Rechten wird besonders die selbständige Bestimmung der Bundesstaaten über ihr Wahlrecht gerechnet. Sachsen wird seinen Standpunkt mit Entschiedenheit im Bundesrat zum Ausdruck bringen.

## Aus Süden und den Nachbargebieten.

Dienstag, 17.

### Süden und die baltischen Provinzen.

In diesem Titel wird in der Nummer 28 der „Sächsischen Blätter“ ein mit Dr. W. (allroth?) unterzeichneter Artikel veröffentlicht, der sich gegen unsere am Donnerstag voriger Woche zum Abdruck gebrachten Ausführungen bezüglich der Unterföhrung der Deutsch-baltischen Gesellschaft mit 10 000 Mk. aus Staatsm-



tern. wendet. Dr. W. hebt zunächst hervor, daß es die sachungs- mäßige Aufgabe der Deutsch-Baltischen Gesellschaft sei, die Er- kenntnis von der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der baltischen, bis her russischen Gebiete, einschließlich Estlands, für das Deutsche Reich in die weitesten Kreise des deutschen Volkes zu tragen und Verständnis für die unauflösliche Zusammen- gehörigkeit des Deutschthums jener Gebiete unter dem deutschen Volke und für die Notwendigkeit seiner Erhaltung zu wirken. Ein wichtiges und zugleich ein außerordentlich zeit- gemäßes Ziel, sollte man meinen, ruft Dr. W. im Anschluß daran aus. Dann führt er aus, daß die baltischen Provinzen zunächst eine Erweiterung der landwirtschaftlichen Basis darstellen und bei gleicher Siedlungsrichtigkeit wie Ostpreußen 5 Millionen Menschen bergen könnten. Weiter wird betont, daß die landwirt- schaftliche Produktion dadurch sehr verneht und die deutsche Industrie, wenn erst die 5 Millionen Menschen dort wohnen, einen neuen, durch keinerlei Schranken abgeschlossenen Absatzmarkt erhält. Unsere Wirtschaft werde gestärkt und wir erhalten die baltischen Häfen, deren Handelsvermittlung mit dem Innern Rußlands sich in der Hauptsache in deutschen Händen befand. Diese Handelsvermittlung würde aber, so behauptet Dr. W., in Zukunft der Vernichtung preisgegeben sein, wenn wir die balti- schen Provinzen nicht annectieren.

So kurz zusammengefaßt die Meinung des Dr. W. Aus ihnen ergibt sich zunächst klar, daß die Deutsch-Baltische Gesellschaft in erster Linie die Annexion der russischen Dissee- provinzen erstrebt. Das wird noch schärfer ausgeprochen in einem Artikel, den Landgerichtsrat Schröder am 18. Mai in den „Lübeckischen Anzeigen“ erscheinen ließ. Dort heißt es sogar, daß der Erwerb der Disseeprovinzen für das deutsche Volk „eine Lebensfrage“ sei. Und an anderer Stelle wird gesagt, „sind Ruß- land und Estland unser, so können wir dieselbe Herrscher- Stellung einnehmen (die nach der Behauptung Schröders England dort erstrebt), Schweden und Finnland fest mit uns ver- knüpfen und der russischen Politik die Richtung nach Osten, gegen Englands indische Stellung geben. Wer Estland und Finnland besitzt, beherrscht, wenn er die nötige Energie besitzt, die Ostsee und übt einen unüberwindlichen Druck auf Schweden, Finnland und Rußland aus.“ Für dieses Ziel zu arbeiten, hat sich die Deutsch- Baltische Gesellschaft gebildet, sagt Schröder später im Sprech- rath. Ueber den Charakter der Gesellschaft kann demnach kein Zweifel sein.

Daß diese Bestrebungen der Deutsch-Baltischen Gesellschaft von denjenigen Kreisen der Bevölkerung, die einen baldigen Frieden der Verständigung, die eine möglichst schnelle Beendigung des grausigen Massenmordens wollen, auf das entgegengesetzte bekämpft werden müssen, ist selbstverständlich. Nur ein winziger Bruchteil der Bewohner der russi- schen Provinzen ist übrigens deutscher Nationalität. Man kann also, wenn man ehrlich sein will, nicht von einer „Wiedergewinnung alter deutscher Lande“, von der Befreiung unter Fremdherr- schaft leidender Brüder sprechen. Und die übrigen Gründe, die Dr. W. für die „Angliederung“ der baltischen Provinzen an Deutschland anführt, werden von den Eroberungspolitikern, die im Westen Land verlangen, in mehr oder weniger veränderter Art auch für ihre Pläne ins Feld geführt.

Wir haben aber bereits wiederholt und zuletzt noch gehört betont, daß es falsch ist, wenn man es so darstellt, als ob Deutsch- land vor allem neues Siedlungsland, neue Häfen und andere neue Gebiete brauche. Deutschlands Zukunft hängt nach unserer Ansicht in erster Linie davon ab, daß es ihm gelingt, seinen An- teil am Weltmarkt zurückzuerhalten. Die Mehrzahl der deutschen Menschen lebt von der Industrie. Die deutsche Indus- trie braucht unbedingt eine große Menge von Rohstoffen, die in Deutschland nicht zu gewinnen sind, wie Baumwolle und Kupfer. Die deutsche Landwirtschaft kann ohne ausländische Phosphate als Düngemittel und Desinfizans als Futtermittel nicht auskom- men. Die Ernährung des deutschen Volkes wird ohne Reis, Süd- fruchte, Schokolade, Kaffee, Tee usw. stets dürftig bleiben. Alle diese Einfuhr müssen wir bezahlen, indem wir dem Ausland ver- kaufen, was wir in Ueberflus haben. Das sind nur wenige Roh- stoffe, wie Kalk und Kohle; in der Hauptsache sind es Fabrikate, Erzeugnisse der Textil-, Maschinen- und Elektroindustrie. Wer- wirtlichen sich die Beschlässe der Pariser Wirtschaftskonferenz, die darauf hinausgehen, alle deutsche Einfuhr und Ausfuhr durch Straßhölle wesentlich zu verteuern, dann ist Deutschland zu einem langwierigen Elendsdasein verurteilt. Der Schaden trübe mit vollster Wucht die Industriearbeiter, da das Kapital immerhin noch beweglicher ist als sie.

Wer diesen Standpunkt anerkennt, der kann die Eroberungs- absichten der Deutsch-Baltischen Gesellschaft nie und nimmer unter- stützen, denn sie tragen dazu bei, die Wiederaufnahme der Han- delsbeziehungen mit dem jetzt feindlichen Auslande zu erschweren. Und deshalb ist es richtig, wie Dr. W. meint, daß es sich um Fragen handelt, die auch für die gesamte Arbeiterklasse von größ- ter Wichtigkeit und Tragweite sind. Nur kommen wir zu einem gegenteiligen Schluß, wie er. Wenn nämlich Dr. W. die Russen als einen äußerlich und innerlich zusammengebrochenen Gegner be- zeichnet, den man leicht seiner Gebiete berauben kann, so haben die Ereignisse der letzten Zeit doch wohl etwas anderes bewiesen. Wohl ist die Kampfkraft der Russen geschwächt gewesen, aber an- zunehmen, daß sie für die Vertreibung ihres Landes nicht zu allen Opfern bereit wären, dazu liegt kein Grund vor.

Die Millionen des merkwürdigen Volkes und, wie es scheint, auch die Mehrheit des deutschen Reichstages, treten für einen Frieden der Verständigung, und dauernden Verlöblichung der Völker ein. Für uns gilt noch immer das Wort „Uns treibt nicht Eroberungssucht“. Nur wenn sich in allen Völkern diese Anschau- ung durchsetzen hat, kann das Erwünschte des Weltfriedens er- wartet werden. Die Propaganda der Deutsch-Baltischen Gesell- schaft richtet sich aber gegen einen Verständigungsfrieden ohne An- nexionen, sie wirkt deshalb kriegserregend. Um ihre Ziele durch- zuführen, müßte der Krieg unerlos fortgeführt werden. Dafür Mittel des Lübschen Staates zu bewilligen, liegt doch wirklich keine Veran- lassung vor. Wenn die Mitglieder der Deutsch-Baltischen Gesell- schaft es für notwendig halten, ihr nur von einer kleinen Minder- heit gutgeheißenen Ziele zu propagieren, so mögen sie dafür ge- fälligst selbst die Mittel aufbringen. Sie gehören ja doch den besitzenden Klassen an. Der Staatsfiskus, zu dem alle heutzutage müssen, auch die große Masse derjenigen, die sich schamlos gegen die deutsch-baltische Eroberungspolitik wenden, ist für solche Zwecke nicht da. Mit viel größerem Recht könnten dann auch die Ver- einigungen, die für einen baldigen Frieden der Verständigung eintreten, für die Förderung ihrer Ideen staatliche Unterstützung verlangen. Wie würde sich der Senat wohl dazu stellen?

Dr. W. wirft auch die Frage auf, ob es richtig ist, mitten im Kriege Fragen der hier in Rede stehenden Art in der Tagespresse so zu behandeln, wie es von uns geschehen sei. Dazu ist nach seiner Auffassung der Bürgerauschuß, der bekanntlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagt, die richtige Stelle. Dem können wir nicht zustimmen. Die Geheimnisthümerei in Dingen, welche die Frei- deinstimmigkeiten zu erschweren geeignet sind, birgt eine große Gefahr für unser Volk in sich. Wollte man keine Erwähnung der Sache in der Tagespresse, so dürfte zum wenigsten nicht verlangt werden, daß die Lübsche Bevölkerung die Rollen für die alldeutsch- baltische Eroberungspropaganda tragen soll. So ist anzunehmen, daß auch die Bürgerchaft bei passender Gelegenheit ihre Meinung darüber zum Ausdruck bringt, auch wenn der Senatsantrag nicht erst an unser Parlament gelangt.

#### Sonnennacht.

Matter und matter glüht der Sonnenball am westlichen Horizont. Bald verschwindet er ganz hinter dem fahlen Grau, und lattiger, goldüberhauchter Glanz breitet sich nun über den westlichen Teil des Himmels aus.

Auf leisen Schalen kommt die Dämmerung herangeschlichen. Blau und Baum. Weile, Feld und Dorf umspant sie mit ihren weichen grauen Netzen und dämpft das sanfte Blau des Himmels, an dem weiße Wolken dahinjageln, die mit toigen Schleiern, dem Abglanz des letzten, verglimmenden Abendrots, umwoben sind.

## Der amtliche Kriegsbericht.

222. Großes Hauptquartier, 17. Juli. (Amtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

An der Küste griffen die Engländer bei tagsüber lebhaften Feuer wieder bei Bombardirung an; sie wurden abgewiesen.

Längs der Front von Nordhoote bis Barneeton steigerte sich die Kampftätigkeit zu erheblicher Stärke. Auch an beiden Scarpe-Ufern war sie lebhaft. Englische Erkundungsvorhänge schwei- terten bei Messines, Hulluch, Guesnes, Bullecourt und nördlich von St. Quentin.

#### Front Deutscher Kronprinz

Vormittags drangen an der Straße Caon—Soissons Stoß- trupp eines hannoverschen Regiments zusammen mit Pionieren nach Feuerüberfall in die französische Linie, sprengten Unterstände und Grabengelände und kehrten mit zahlreichen Gefangenen und Maschinengewehren in die eigenen Gräben zurück.

Bei Courtecon ist in der Nacht zu gehern ein weiteres Stück französischer Stellung durch Handgranatentkampf genommen worden. Bei Gefangenenzahl in diesem Abschnitt erhöht sich da- durch auf über 450 Franzosen.

Kurz vor Dunkelheit eröffnete der Feind ein schlagartig har- tes Feuer auf die Stellungen zwischen dem Gehöft Malval-Cerny darauf setzte gegen diese Front ein starker mit besten Waffen ge- führter Angriff ein, der im Feuer- und im Nahkampf unter den schwersten Verlusten ergebnislos zusammenbrach. Alle kürzlich ge- wonnenen Stellungen sind fest in der Hand der bewährten ost- preussischen Divisionen.

Nördlich von Reims schlug ein Vorstoß der Franzosen gegen die von uns eroberten Gräben des Bois Saulains fehl; ein wei- terer wurde durch Abwehrfeuer unterdrückt. Am Poeslberg in der West-Champagne gelang es Thüringern, in erbittertem Hand- granatentkampf die Franzosen aus dem letzten Stück unserer alten Stellung zu vertreiben und mehrere Gegenangriffe zurückzuschlagen. Auf dem linken Maas-Ufer setzte mittags heftige Artilleriewirkung gegen die Höhe 304 und die Anhöhenlinien ein. Unter Vernich- tungsfener auf die französischen Gräben und Bereitstellungsräume erlitt die feindliche Angriff. Nur wenige Leute kamen aus dem Graben. Heute morgen hat sich der Feuerkampf dort erneut ge- steigert.

#### Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine besonderen Vorkommnisse.

Außer 5 Luftfahrzeugen wurden 2 feindliche Gefangenen durch unsere Flieger zum Abwurf gebracht.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

#### Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die rege Geschäftstätigkeit bei Riga, Dünaburg und Smorgon hält an. Bei aufflarem Wetter war bei Barmawittsch das Feuer stärker als in den letzten Tagen.

Südlich des Dnjepr nahmen rheinische Regimenter das Wald- gelände von Kaluz; nachdem auch vom Westen her deutsche Kräfte vorgingen, räumten die Russen die Stadt und zogen sich auf das jüdische Dominikowitzer zurück.

Von der Front des Erzherzogs Josef und Generalfeldmar- schalls Mackensen nichts Wesentliches.

#### Rajedonischen Front

Die Lage ist unverändert.

#### Der Erste Centralquartiermeister: Erdendorff.

Blagodon taucht der Mond aus dem immer dunkler sich fä- renden Blau auf. Nicht weit von ihm entfernt funkelt der Abend- stern. Sternlein um Sternlein blüht bald in solcher Aufeinander- folge auf, bis schließlich das ganze Firmament einem perlüber- säten Teppich gleicht.

Der Vogel frohe Vögel sind verstummt; die kleinen Sänger sind zur Ruhe gegangen. Nur noch ein ganz traumhaft leises Klüffern klingt von einer Baumkrone herab. Blüffert ist es ein Blüffertied, das ein Elternpaar seinen Jungen singt.

Langgezogene feierliche Glockentöne hallen aus der Stadt und verlieren sich in der fernem Weite. Die letzten Bauern hören zu arbeiten auf und kehren, den mit Gelbfrüchten vollbeladenen Schulternen fahrend, unter'm Glockenläuten heim, hungrig und todmüde von der harten, fast unaussagebaren Arbeit des vergange- nen Tages.

Die letzten spielenden Kinder werden von den Straßen heim- gescholt. Alles schickt sich an, schlafen zu gehen. Bald klinkt tiefer Frieden, seltsame Ruhe auf die ermüdete Erde. Die Nacht bricht mit aller Macht herein, und alles füllt sich wohl in ihrem dunklen schlingenden Wandel.

In ungetrübtem reinem Glanz erstarrt jetzt der Mond und die Sterne am nachdunkeln Himmel. Im Dorf rapselt ein wach- samer Hund an der Kette, vor seinem Fenster schwirrt eine He- denmaus, unten im Grabe sitzt eine Grille ihre einsamge Weise. Das sind die einzigen Laute, die den nächtlichen Lüften Frieden stiften.

Da greift ein Schatten die Festräume entlang. Juchsan und löwen duft er sich nun unter die hohen Balkenbänken. Ein Sag, und er ist mitten unter vorlaufenden Frischen. Da ein Griff und dort ein Riß; dann ein heftiges Hineinblasen in einen vorläug- lich mitgenommenen Sad. Einer, der sich was für etwas Magens Notdurft hofft, den der Hunger treibt, sich an fremdem Eingetum zu vergreifen.

Dann wieder Stille, hehre, heilige Stille. Die marigellen Blüten der Linde stehen im hellen Mondenschein. Ihr bal- samischer Geruch erfüllt in weitem Umkreis die Luft.

Ich schief am Fenster und blüf hinaus auf die in näch- stem Schlummer liegenden, mondbeschienenen Felder und Häuser. Dann gleitet mein Blick hinauf in den klaren, fernendatig- glühenden Himmelraum und mit Bodensiedt humm ich leise vor mich hin.

Es liegt die Welt im Traum, beglückt von Glanz und Duft, kein Klatt regt sich am Baume, kein Vöglein in der Luft. Wie festig ist der Frieden der schönen, heiligen Nacht, der schönen heiligen Nacht.

Bewilligungen für die Angehörigen Vermittler. In Arme- verordnungsblatt wird bekanntgegeben: Es hat sich herausge- stellt, daß die von den Selbsttruppenteilen aufgestellten Nachwe- sungen der Vermittler häufig auch kriegsgefangene Personen ent- halten. Da diese Nachweisungen als Grundlage für die Bewer- bung der Hinterbliebenenbezüge und die Anweisung der Ver- zinsung auf diese Gebührende dienen, so haben sich aus den unzu- reichenden Angaben vielfach Minderungen und Unzutrefflichkeiten ergeben. Auf die Aufstellung der monatlich vorzunehmenden Nach- weisungen ist daher die größte Sorgfalt zu verwenden. Die hier- bei angegebenen Vorschriften sind zu beachten. (Anm. Die Nach- weisungen sind zu den Monatsenden zu stellen.)

fung zu unterziehen, und die sich hierbei ergebenden Minderungen umgehend mittels Veränderungsbefehl durch Veranlassung der Truppenteile, die erfordere, als eine Ergänzung vor- zunehmen haben, der Selbsttruppenteile zur Verfügung zu stellen. Am Schlusse der Nachweisungen ist von dem Feld- und Ersatz- truppenteilen fortan zu bezeichnen, daß die Vermittlungsarbeiten Veränderungen über die Vermittler beizufügen sind. Auch ist Vorzorge zu treffen, daß alle Mittelungen, die vielfach den Por- pagierten usw. zugehen, derjenigen Stelle zugeordnet werden, die mit der Aufstellung und Ergänzung der Nachweisungen beauftragt ist. Die Selbsttruppenteile werden hiermit angewiesen, die An- gehörigen der Vermittler bei der ersten Veranlassung der Vermitt- lungsbewerbung und außerdem in angemessener Zahl in einem ge- gentlich der Ueberzeugung der Beträge aufzufordern, ihnen etwan bekanntwerdende Tatsachen über den Verbleib des Vermittlers un- gefälligst mitzuteilen.

Sollen wir für die Kriegsbeschädigten sammeln? Gegen die vom Reichsauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Aussicht ge- nommene allgemeine Sammlung für Kriegsbeschädigte sind in der Presse mehrfach Bedenken geltend gemacht worden. Daraufhin hat der Reichsauschuß im Einvernehmen mit dem Reichsamt des Innern der Presse einen ausreichenden Artikel zugänglich ge- macht. Hiernach steht der Reichsauschuß auf dem Standpunkt, daß die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten im vollen Um- fange Aufgabe des Reiches sei und daß das Mannschaffsversor- gungsgesetz dringend eines weiteren Ausbaues bedürfe. Eine ge- rechtliche Regelung trage aber etwas Starres und Schmarotches an sich und könne daher den besonderen Verhältnissen des Einzelalles durchaus nicht immer Rechnung tragen. Für den Auspruch selber, Härten wie auch für die Durchführung der sozialen Fürsorge und zur Hilfe für die Rentenlosen seien daher weitere Mittel erforder- lich, die nicht in unbeschränkter Höhe vom Reich zur Verfügung ge- stellt werden könnten und somit auf dem Wege der Sammlung aufgebracht werden müßten, ebenso wie dies auf dem Nachsorge- gebiet der Hinterbliebenenfürsorge mit großem Erfolge durch die National-Stiftung geschehe. Eine allgemeine Sammlung sei auch das wirksamste Mittel gegen den in den „milden Sammlungen“ so vielfach zutage tretenden Wohlfahrtsdilettantismus.

Diese Erklärung bildete den Gegenstand einer Besprechung zwischen Vertretern des Reichsauschußes und den unterzeichneten Reichstagsabgeordneten, die der Kriegsbeschädigtenfürsorge als Angehörige der größeren Parteien nahesteht. Die Ansprache ergab volle Uebereinstimmung mit dem Standpunkte des Reichsaus- schusses. Man war sich auch darüber einig, daß die soziale Für- sorge und die hierfür notwendigen Sammlungen das Gebiet der Heeresverwaltung in keiner Weise berühren und daß der Vor- schlag einiger Zeitungen, die Sammelgelder der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge dem militärischen Einfluß zu unter- stellen selbstverständlich entschieden abgelehnt werden muß. Berlin, den 18. Juli 1917. Krenzl, Bauer-Breslau, Behrens, Bött- ger, Giesberts, Legien, Pfaffing, Wollenbuh, Pfleger, Prinz Schönau-Carolath, Stokowich, v. Veit, Graf Westarp, v. Winterfeldt.

Beiträge für die Lübecker Kriegsverletztenfürsorge nehmen sämtliche Banken und die Geschäftsstelle des Landes-Auschußes für Kriegsverletzte, Parade 1, Zimmer 3, entgegen.

Erfolgreiche Suche. Die unter den Kindern des Gutsbes-itzers Lauenstein in Schönböden ausgebrochene Suche ist nach amtlicher Bekanntmachung erloschen.

Der Verkauf von Gemüse-Konserven erfolgt in der Woche vom 28. bis 28. Juli auf Abschnitt K XXII des Lebensmittel- buches. An eine Kundenliste ist der Verkauf nicht gebunden. Für jede Person dürfen nicht mehr als ein Pfund Konserven verab- folgt werden.

ph. Feldbühne. Ermittelt und zur Anzeige gebracht wurde ein in der Alstraße wohnhafter Schlosserlehrling, der auf den Gartenländerreien auf Markt etwa 24 Wd. Rosenartoffeln rechtswidrig ausgegraben hatte und zwar, wie er selber angibt, nicht aus Noth, sondern um sie zu verkaufen und den Erlös für sich zu verwenden. — Wegen der gleichen Sache wurden ein Tagelöhrling und zwei 13jährige Schulknaben aus der Prägen-straße zur Anzeige gebracht. Diese wurden von einem in der Radeburger Allee wohnhaften Gärtner dabei abgefaßt, wie sie auf keinem am Wäldhofer Weg gelegenen Kartoffelfeld Kartoffel- feldern aufgraben. Da gegen alle Täter Strafantrag gestellt worden ist, werden die Angelegenheiten der Staatsanwaltschaft über- geben.

ph. Herrenlofer Zucker. In einer Wirtschaft, deren Inha- berin sich wegen Hehlerei zu verantworten haben dürfte, wurde u. a. eine etwa 80 Wd. schwere Kiste, enthaltend geschlagenen Zucker, gefunden. Die Kiste, die ebenfalls von einem Diebstahl herrühren dürfte, trägt als Signatur eine mit 4 Schornsteinen verlegene Fabrik darstellend und darunter T 150. Personen, die sachdienliche Angaben über den Ueberzug der Kiste machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

w. Müll. Bei der Rettung des Fahnes ertrun-ken. Der Hausdiener Quade hat zwei Söhne im Felde, die sich gegenwärtig hier auf Urlaub trafen. In der Freude dieses Wiedersehens wurde am Sonnabendabend mit dem Vater eine Bootfahrt auf dem Jngelsee unternommen und da die Söhne tüchtige Schwimmer sind, vom Boot aus ein Bad riskiert. Beim Baden blieb der Vater mit dem Boot in der Nähe des jüngerer Sohnes und als dieser das Bad beendet hatte und in das Boot steigen wollte, war ihm der Vater mit dem Ruder beifällig. Hierbei fiel der Vater aus dem Boot und ertrank. Die Leiche war Montag noch nicht gefunden.

Samburg. Aus dem hanseatisch-konservativen Geistesleben. Die „Hamb. Nachr.“ veröffentlichten das Fol- gende: „Die Hamburgische Konservative Vereinigung hat dem Senat folgende Eingabe überreicht: „Unser geliebtes Deutsches Reich ist in Gefahr! Unter Mißachtung Bismarckscher unerreichter Kaufkraft wird mit der unerlos aufschwümmenden Demokratisierungs- sucht der alles nivellierende Einheitsstaat angestrebt, der ein Spielball weniger gewissenloser Demagogen sein wird. Eine Freiheit wird erstrebt, welche die wahren Demokraten von 1848 mit flammender Empörung zurückweisen würden, da es sich um das Herbild einer Freiheit handelt, wie sie uns Lloyd George und Wilson aufdrängen wollen: einer Freiheit, die unwidersteh- lich zu der brutallsten aller Herrschaften, der reinen Geldwirtschaft, und damit zur Erstling jeder wahren Freiheit, zur Knechtschaft und Verflüchtung führt. Was Sudentum auf allen Fronten ver- hindert, das soll nach dem Vorbilde Englands und Americas von jählicher Prophezei jetzt durch timere „Reformen“ erreicht wer- den; die Ermahnung der inneren Widerstandskraft. Bewußte Fretführung im Verein mit heilloser Verblendung sind die Zei- chen der Zeit. Ein tief heimatliches Schauspiel: auf der einen Seite die Felderaten unserer Feldgauen, die durch einen unmenschlichen Verständigungs- und Verzichtfrieden um den Lohn ihrer Taten und Siege gebracht werden sollen; auf der anderen Seite vollständige politische Führerlosigkeit und der von Bismarck schon so oft beklagte Mangel an Zivilkurage und oben Bismarcks Meisterwerk, das heilige Gleichgewicht zwischen Reich und Bundesstaaten, darf nicht erschüttert, die gesamte Erhaltung nicht dem Reich und hier nur dem einen Faktor, dem aus allge- meinem und gleichen Wahlen hervorgegangenen Reichstage über- tragen werden. Damit würden die verfassungsmäßigen Befug- nisse des Reichers und der Bundesregierungen schwinden. — Eben- wenig kann unser Hamburg die jetzt angestrebte maßlose Um- gestaltung unserer öffentlichen Zustände im demokratischen Sinne ertragen. Welch ein Mißbrauch wird in diesen Tagen mit dem er- habenen Begriff „Volk“ getrieben! — Die Aufstellung aller dieser Fragen in einer Zeit, in der der Feind vor unseren Toren steht, bedeutet einen frechhaften Bruch des Bürgerfriedens; sie ist der Meinerlei von Schiffselenten im Seekurm zu vergleichen und laßt eine nicht zu tragende Verantwortung auf das Haupt der Lübecker Kom. „Mackensen“ der Verfassung wird verstoßen. — In Lübe- ck, den 18. Juli 1917. (Anm. Die Unterschriften sind zu den Monatsenden zu stellen.)



mauern des Reichsgebäudes. Dieses letztere soll unwohnlich sein? Die heilige Begeisterung der Augusttage 1914 beweist unüberleglich das Gegenteil. Aberall unheilvolle Schwärze, oben wie unten! Wo bleibt der vom ganzen deutschen Volke heißersehnte starke Führer, der Hindenburg der Politik? — Wir Konservativen haben von Anfang an den in seiner Unerfahrenheit einem ungeheuren Volksbetrug gleichenden Demokratisierungsrundel nicht mitgemacht und vertrauen, daß der Hohe Senat der Freien und Hansestadt Hamburg mit offenem Manneswort und heiliger Ueberzeugung an berufener Stelle den vorstehend gekennzeichneten Herrschungen fest entgegenzutreten wird; im Sinne des Helden, der Hamburgs größter Ehrenbürger war, und von dem die Geschichte, wie wir zu des Reiches Kraft und Herrlichkeit heiß beten, bereinigt werden soll: Bismarck, du hast nicht umsonst gelebt! Ehrerbietig: Hamburgische Konservative Vereinigung. — In dieser Eingabe ist eines erkranklich: Der heillose Bombast ihres Satzgefüges, der im umgekehrten Verhältnis zum Inhalt steht, läßt auf den ersten Blick erkennen, daß es sich in dem Hirn des Verfassers dieser Stillebung ebenso trostlos aussieht, wie in diesem dürren Sommer auf einem Saferfeld im sandigen Heideboden. Und damit muß man sich trösten.

**Harburg. Waldbrände.** In dem Festsberger Gemeindefort, angrenzend an den Kleberwald, brach Sonnabendabend ein Feuer aus, das etwa 4 Morgen 40jährigen Fichtenbestand vernichtete. Nach dreistündiger Arbeit gelang es, eine weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Die Ursache des Brandes ist auf Röhren von Kartoffeln am Waldbesamung zurückzuführen. Weiter fanden am Sonntag Waldbrände in Maschen, Lohbergen und Hedenorden statt.

**Neumünster. Großfeuer.** In der Nacht zum Sonntag ist der gesamte landwirtschaftliche Besitz des Hofbesizers Wilhelm Wachmann in Groß-Harriesfeld ein Raub der Flammen geworden. Der Besitzer steht im Felde. Entkommen ist das Feuer im Wirtschaftsgebäude, dann hat es das Viehhaus ergriffen und in kurzer Zeit das Wohnhaus vernichtet. Es wurde zuerst von russischen Kriegsgefangenen entdeckt, die die Hauseinwohner aus dem Schlafe

brachten. Die bereits geborgene Feuerwehr ist bis auf geringe Reste vernichtet, ebenfalls das gesamte landwirtschaftliche Inventar. Ein Teil des Mobiliars konnte in Sicherheit gebracht werden.

**Wismar.** Was bei der Kriegsschiffhandels-gesellschaft verdient wird. Vom Schöffengericht Krüppeln in Mecklenburg waren 15 Jünger verurteilt worden, weil sie in der Zeit vom 1. bis 7. Februar die von ihnen gefangenen Fische nicht an die Kriegshandels-gesellschaft in Wismar abgeliefert, sondern ihre Fische nach Berlin verkauft haben, obgleich ihnen angegeben war, die Fische bei Fischer Glöde in Arendsee abzuliefern. Die Beschuldigten waren mitschuldig, weil Glöde bei diesem Geschäft täglich nach Aussage eines Beurteilten 400 bis 1000 Mk. verdiente. Gegen dieses Urteil hatten die Staatsanwaltschaft und die Beurteilten Berufung eingelegt. Wertvoll war die Berufungsverhandlung vor der Strafkammer in Rostock durch Befragung des Zeugen Dr. Döbner, daß einer der Abnehmer in Warnemünde für den Monat Mai 6000 Mk., der zweite für denselben Monat 5000 Mk. verdient hat.

### Neueste Nachrichten.

**Berlin, 16. Juli. (Amtlich.)** Im Atlantischen Ozean wurde durch unsere U-Boote eine Anzahl Dampfer und Segler vernichtet. Darunter befanden sich die bewaffneten englischen Dampfer „Thirby“ (2000 Tonnen) mit Erladung und „Mata-dor“ (3400 Tonnen) mit Stückgut nach England sowie der englische Segler „Lady of the Lake“. Eins der versenkten Schiffe hatte Mais für England geladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

**Bern, 16. Juli.** Nach Petersburger Meldungen hat der finnische Senat mit Stimmeneinheit die Proklamierung der russischen

provisorischen Regierung, die die Verhängung des Kriegesrechts über Finnland anspricht, für ungültig erklärt.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Kömigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Steiling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Der  
**Lübecker Volksbote**  
dient  
den Arbeiterinteressen  
schützt  
die Rechte des Volkes!

## Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Gemüsekonserven.

- Von der Gemüsekonserven-Kriegsgesellschaft sind Gemüsekonserven zum Verkauf freigegeben, die bei einer größeren Anzahl hiesiger Geschäfte verteilt worden sind.
- 1) Der Verkauf dieser Gemüsekonserven und derjenigen, die von der letzten Verteilung in den Geschäften übrig geblieben sind, findet in der Woche vom 23. bis 28. Juli 1917 statt und zwar auf den Abschnitt K XXII des Lebensmittelbuches. An die Kundenliste ist der Verkauf nicht gebunden.
  - 2) Für jede Person dürfen nicht mehr als 1 Pfund Konserven verabfolgt und entnommen werden.
  - 3) Diejenigen Geschäfte, in denen Gemüsekonserven zu verkaufen sind, haben dies durch einen von der Straße aus gut lesbaren Aufschlag an ihrem Geschäftsort (ober im Schaufenster) kenntlich zu machen. Diese Ankündigung darf erst entfernt werden, nachdem sämtliche Gemüsekonserven ausverkauft sind.
  - 4) Die Verkäufer haben die von ihnen entgegengenommenen Abschnitte K XXII des Lebensmittelbuches spätestens bis zum Sonnabend, dem 4. August 1917, an die Geschäftsstelle des Polizeiamts, Breite Straße 56, I, Zimmer 1, in einer Verpackung mit Inhaltsangabe und dem Namen des Verkäufers abzuliefern.
  - 5) Sämtliche Gemüsekonserven, die mit Ablauf des 28. Juli 1917 nicht verkauft worden sind, können nach dieser Zeit freihändig an jedermann verkauft werden.
  - 6) Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird auf Grund des § 8 der Bekanntmachung des Polizeiamts, betreffend die Ausgabe von Lebensmittelbüchern, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Das Polizeiamt.

Zum 1. Oktober 3-Zimmer-Wohnung zu vermieten. Zu bel. 1242-1/2 u. abends nach 7 Uhr. 1920) Koll 18, III.

Gez. 3. I. Dr. für alt. Mann (Handm.-Wm.) ein nicht zu bel. leer. heizb. Zim., am 1. i. d. Stadt. King. u. M. M. an die Exped. (1923)

**Berlolen** a Buch m. ca. 30 Bl. in d. Straßenbahn. Der ehlliche Bruder wird gebeten, selbiges gegen Belohnung abzug. (1929) Giesingstraße 92, Baden.

**M. Marcks (1924)**  
**Zahn-Praxis**  
Breite Straße 56.  
Schmerzloses Einsetzen künstl. Zähne ohne Herausnahme der Wurzeln unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.

**Visitenkarten**  
Fiefert schnellstens  
Buchdr. Friedr. Meyer & Co.

Von der  
**Lehrmeister-Bibliothek**  
empfehlen wir besonders folgende Bändchen:

- Das Ginnwachen der Gemälde . . . 50,- Nr. 343-44
- Das Ginnwachen der Trübe . . . 25,- Nr. 3
- Grate u. Aufbewahrung des Stökes 50,- Nr. 55-56
- Die Trübsalbereiung . . . 25,- Nr. 345
- Bewertung d. Hovigs im Haushalt 25,- Nr. 77
- Büchlein . . . 25,- Nr. 300
- Büchlein Fleischerstücke . . . 25,- Nr. 320
- Büchlein Fleischerstücke . . . 50,- Nr. 334-35
- Büchlein Trübe . . . 50,- Nr. 350-51
- Ein Monat Arbeiterlöhne . . . 25,- Nr. 46
- Begleitendes Sachbuch . . . 25,- Nr. 187
- Schiffe und Kohlen . . . 25,- Nr. 346

Buchhandlung von  
**Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.

**In Freien Stunden**



Um 1. Juli bietet sich die Gelegenheit, Abonnent der „Freien Stunden“ zu werden, da ein neuer Roman beginnt. Auch während der schweren Kriegszeit ist diese Zeitschrift ein guter Kamerad geblieben, namentlich den vielen Frauen, die von den schweren Sorgen der Gegenwart eine Spanne Vergessenheit und Erholung suchen. „Aus eigener Kraft“ heißt der Roman, der zum Abdruck kommt, und als zweite Erzählung „Die Prarie am Sacinto“, eine Schilderung aus dem wilden Westen Amerikas. Daneben folgen vollständige, illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, Rätsel, Winke für Haus und Küche für die notwendige Abwechslung des Lesestoffes und für die praktischsten Bedürfnisse der Hausfrau.

Wöchentlich erscheint ein Heft für 15 Pfennig

Zu beziehen durch:  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46 und den Ansträgerinnen.

Ich bestelle hierdurch „In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_

(Der Bestellzettel ist ausgefüllt bei Zeitungsbestellen mitzugeben.)

**Deutsch. Holzarbeiterverband.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Achtung Vertrauensmänner!**  
Am Mittwoch, dem 18. Juli  
abends 8 1/4 Uhr, findet eine  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52  
statt.

Tagesordnung:  
Bericht von der Städte-Konferenz in Berlin.  
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung darf  
keiner fehlen.

1821 **Der Vorstand.**

**Deutsch-Polnisch.**  
Sprachbüchlein für Feldsoldaten.  
— Preis 15 Pfg. —  
**Deutsch-russischer  
Soldatensprachführer.**  
— Preis 20 Pfg. —  
Buchhdl. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Deutsche Volkspende**  
zum Ankauf von Leinwand  
für Heer und Flotte.  
Opfertage  
am 21. und 22. Juli 1917.  
Volksfest  
am 22. Juli in Itzelsdorf.

**Sozialdemokratische Frauen.**

**Großindustrie und  
Kriegswirkungen.**  
Von Richard Woldt.  
Preis 10 Pfg.  
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

**Ausflug  
mit den Kindern**  
am Donnerstag, dem 19. Juli  
nach Badelübbe.  
Treffpunkt 2 1/2 Uhr am Lindenplatz  
Abmarsch 2 1/2 Uhr präzise.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
(1929) Das Komitee.

**Hansa-Theater.**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Die Ehe des  
Herrn Terbrügge.**  
1825

**Stadthallen-  
Sommertheater**  
Dienstag, den 17. Juli 1917:  
Zum letzten Male:  
**Der Redaktionsengel.**  
Mittwoch, den 18. Juli 1917:  
**Die Puppe.**  
Donnerstag, den 19. Juli 1917:  
**Die Landstreicher.**  
Anfang der Vorstellungen  
8 Uhr.

**Der neueste  
Kriegs-Atlas**  
mit 52 Karten von allen Kriegsschauplätzen des  
Weltkrieges. = Preis 1.— Mk.  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.



Dr. Michaelis, der neue Kanzler.

Auf Herrn von Michaelis, den neuen Reichskanzler, sehen dieselben bürgerlichen Blätter, die Herrn von Bethmann-Hollweg mit Fuhrtritten verabschiedeten, ihre ganze Hoffnung. Im „Berliner Lokalanzeiger“ wird das Programm des neuen Kanzlers wie folgt umrissen: „Der Kanzler betrachtet es als seine Aufgabe, die innere Geschlossenheit zu erhalten und, soweit sie etwa verloren gegangen ist, wieder herzustellen. Der Wille zur Einigkeit muß wieder ein maßgebender Faktor unserer Politik im Innern werden. Nur wenn dies der Fall ist, lassen sich Kraft und Zuversicht nach außen im nötigen Maße in den Dienst des Vaterlandes stellen. Es bedarf keiner Betonung, daß an unserer in den Glutten des Weltkrieges bewährten Bündnispolitik festgehalten werden soll.“

Im allgemeinen jagt die bürgerliche Presse von dem neuen Reichskanzler, er habe sich in seiner letzten Stellung Achtung und Ansehen erworben. Seine nächsten wägigen Ueberlegung, seine Entschlußkraft und Willensenergie, habe man allenthalben schätzen gelernt. In allen seinen Ämtern, die ihm übertragen wurden, habe er zielbewußte Tatkraft, eisernen Willen, selbstständigen Urteil und eine Arbeitsfertigkeit bewiesen, deren Unermüdbarkeit die Bewunderung aller seiner Vorgesetzten und Untergebenen fand. Der „Berliner Lokalanzeiger“ weist auch auf seine Rede hin, die Herr Dr. Michaelis am 7. März ds. Js. im Abgeordneten-Hause hielt, mit der er sich als Staatskommissar für Volksernährung einführte.

Reserviert gegenüber Vorschlägen für den neuen Kanzler verhält sich der „Vorwärts“, der Herrn Michaelis zuruft: „Der neue Mann wird ein klares Bekenntnis ablegen müssen. Aus der Zweideutigkeit und Unklarheit, die die deutsche auswärtige Politik in den Ruf der Unrechlichkeit gebracht hat, müssen wir heraus. Entweder treibt „uns“ Eroberungslust, oder sie treibt uns nicht. Entweder wir müssen aus dem Krieg fremdes Land und fremdes Geld holen, mag er dann auch noch zehn Jahre dauern, oder wir wollen in absehbarer Zeit zum Frieden kommen, und dann beschränken wir uns auf das unzweideutige Programm eines reinen Verteidigungskrieges.“

Die bürgerliche Presse hofft, daß Herr Michaelis der starke Mann ist, der den festgefahrenen Karren auf ein Gleis führt, das selbstverständlich nach rechts geht — und zwar nach Ansicht der Konservativen und Altpreussischen. Diese sehen bereits ihren Weizen blühen. Sie wollen nichts von Parlamentarisierung und nichts von einem Verständigungs-frieden. Die alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ schließen einen ihrer Artikel wie folgt: „Wenn der „Vorwärts“ als Ergebnis der Bethmann'schen Staatskunst dann feststellt: Halbheiten, Zweideutigkeiten, klaffende Widersprüche zwischen Wort und Tat, schließlich die Krise! So muß man ihm darin beipflichten. Wir sehen aber nicht, wohin es führen sollte, wenn nun ein Nachfolger käme, der es noch einmal versuchen wollte, die Zukunft Deutschlands auf die unsichere Grundlage demokratischer Staatsaufstellung, demokratischer Volksstimmungen und demokratischer, unsicherer Mehrheiten im Reichstag aufzubauen. Was wir brauchen — wir haben es immer wieder gefordert und unsere Forderung als berechtigt nachgewiesen —, ist ein Mann mit Führereigenschaften, der weiß, was er will; der die weltgeschichtlichen Zusammenhänge kennt und aus der Geschichte gelernt hat, daß der Übergang zur Demokratie in allen Zeiten und bei allen Völkern der Anfang ihres Niederganges war. Eine faktische haltende Politik muß den Staat als solchen stärken, wie und wo er kann, und der Krone den Einfluß und die Stellung sichern, daß sie über den Parteien das allgemeine Wohl zu fördern nicht behindert wird. Kommt der „Vorwärts“ zu der Lösung: „... Rechts vom Wege liegt der Abgrund“, so rufen wir: „Links vom Wege liegt der Abgrund!“

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht die neue Regierung scharf gegen eine Neuorientierung. Es ist das das dümmste, was sie tun konnte; die neue Regierung wird gut tun, in erster Linie gegen solche Staatsverbrechen ganz energisch einzuschreiten. Das Blatt schreibt u. a.: „Seit der letzten Tat Herrn v. Bethmann-Hollwegs, der Sicherung des Reichstags-

wahrheits für Preußen, ist der Ton der sozialdemokratischen Presse mit eins der Beschlüsse geworden. Die „Friedenspolitik des Reichstages“, wie sie der „Vorwärts“ versteht, ist das Bekenntnis zum Scheidemann'schen Verzichtsfrieden, zum Frieden um jeden Preis, auch um den höchsten, nämlich die Existenz des Deutschen Reiches und die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes. Die geschwollene Ueberhebung der deutschen Sozialdemokratie ist im wesentlichen das Werk Herrn von Bethmann-Hollwegs, seines Mangels an Entschluß, an Blick, an Energie und an Geschma. Sein Nachfolger findet eine Lage vor, die mehr denn je der Energie, der Stetigkeit und aller der Eigenschaften bedarf, über die Herr von Bethmann nicht verfügte.“

Nicht einverstanden sind mit Recht einige linksliberale Blätter mit der Art, wie der neue Reichskanzler in sein Amt gekommen ist. So schreibt z. B. das „Berliner Tageblatt“: „Tatsache ist einseitigen, daß Herr Dr. Michaelis dem Volke und der Volksvertretung vom hohen Olymp herab gesehnet wird, von wo in ganz alten Zeiten das Schicksal zu den Menschen kam. Wir sind noch ziemlich weit vom parlamentarischen System, von der Teilung der Macht und der Verantwortung, von parlamentarischer Kontrolle entfernt, und alles spielt sich noch ganz nach der Tradition, unter Mitwirkung der verschiedensten Faktoren und nur nicht unter Mitwirkung der Volksvertretung ab. Der Reichskanzler Dr. Michaelis kommt, ohne daß die Vertretung des großen deutschen Volkes auf die Auswahl des Mannes, der in schwerer Zeit die Geschicke des Landes leiten soll, den mindesten Einfluß ausgeübt hat. Er wird sich das Vertrauen der Volksvertretung nur sichern können, und sie wird ihm ihr Vertrauen nur gönnen dürfen, wenn er ohne Zögern einer Neuordnung zustimmt, die wenigstens für die Zukunft dem Volkparlament den gebührenden und notwendigen Einfluß verschafft.“

Die „Reisische Zeitung“ schreibt: „So wenig uns die Partei-Ueberzeugung des neuen Mannes irgendwie beschwert, so sehr verdient auf der anderen Seite doch die Art Beachtung, in der er berufen wurde. Der Kaiser hat von seinem Recht, den Kanzler zu ernennen, Gebrauch gemacht, ohne, wie nach allem Vorangegangenen vielfach erwartet wurde, die Vertrauensleute der Parteien zu hören. Damit ist der Beweis erbracht, daß an die Durchführung eines parlamentarischen Systems bei uns augenblicklich nicht gedacht wird. Das konnte eigentlich auch vorausgesehen werden, nachdem einige der außerpreussischen Bundesstaaten, insbesondere Bayern, Bedenken gegen das parlamentarische Regime erhoben hatten. Es war aus den allerverschiedensten Gründen mündigenswert, die Kanzlerkrise so früh wie möglich zu beenden. Ob das möglich gewesen wäre, wenn man die Kanzlerfrage vor den Reichstag gebracht hätte, möchten wir nach den Erfahrungen der letzten Wochen bezweifeln. Eine Einigung hätte jedenfalls nur schmerz- und langsam herbeigeführt werden können. Außerdem kann man parlamentarische Regime ebensovienig wie Parlamentarisierung beschließen; so etwas macht man, aber spricht nicht davon.“ Danach scheint allerdings die „Reisische Zeitung“ mit der Art der Berufung Dr. Michaelis' einverstanden zu sein.

Kohlennot und Massenpeijung.

Von Th. Thomas, Frankfurt a. M.

Die Entwicklung der Massenpeijung tritt mit dem nächsten Winter in einen neuen und vielleicht ernsteren Abschnitt ein, als in den verflassenen drei Jahren. Wenn wir bisher die ganze Frage nur unter dem Gesichtswinkel der Lebensmittelnot betrachtet haben, so zwingt uns der Verlauf der Kohlenkrise dazu, der öffentlichen Speijung jetzt auch vom Standpunkt der Kohlenersparnis näher zu treten, um die dann zu gewärtigende Lage soweit als möglich zu beherrschen.

Für den nächsten Winter haben wir, wenn nicht alle Anzeichen trügen, jedenfalls rein aus Kohlennot mit einem starken Andrang an unsere öffentlichen Speijeeinrichtungen zu rechnen. Viele unserer Mitbürger, die bisher den Kriegsküchen fern bleiben konnten, weil sie noch am eigenen Herd

schmachhafter zu kochen in der Lage waren, werden in den kommenden Monaten oft dazu nicht mehr die Möglichkeit haben, weil die Kohlenknappheit auch sie zur allergrößten Sparjamkeit in ihrer Verwendung zwingt, wenn sie nicht etwa hier und da das Kochen überhaupt unmöglich macht. So werden viele, der Kohlennot, nicht dem eigenen Triebe gehorchend, zu Gästen der Kriegsküche werden müssen, die heute noch stolz an ihr vorüber gehen. Zwar verspricht man uns, daß jeder im nächsten Winter seine Kohlen haben soll; doch lassen uns die Erfahrungen mit anderen Waren hinter diese Versicherungen ein großes Fragezeichen machen. Selbst aber, wenn die öffentliche Versorgung mit dem Heizmaterial als Ausnahme einmal klappen sollte, werden die Mengen, immerhin so gering sein, daß wir trotzdem mit einem sehr großen Zustrom zu den Massenpeijungen zu rechnen haben.

Im Hinblick auf die gewaltige Kohlenersparnis wäre dies geradezu zu wünschen, denn was bei den Lebensmitteln nicht immer behauptet werden darf, in bezug auf die Heizungs-kann man bei der Massenkocherei enorm sparen. Sechshundert Tafen und Herde brauchen im Gegensatz zu einer großen Küche ganz unwirtschaftlich große Mengen. Kostet uns in Frankfurt doch ein Liter Eisen nur etwa 0,4 Pfennig Heizmaterial, das ist eine so geringfügige Summe, daß der Einzelhaushalt, selbst wenn er ein Muster von Sparjamkeit ist, überhaupt keinen Vergleich damit aushält, er braucht jedenfalls das Vielfache an Holz und Kohlen.

Sollte deshalb die Kohlennot so ernst werden, wie einige Schwarzseher in Aussicht stellen, dann würde zweifellos die Forderung wieder lebendig werden, das ganze Volk mit dem Eintopfgericht zu versorgen.

Jedenfalls sollten die Körperschaften, die mit der Verwaltung von Kriegs-, Fabrik- oder Volksküchen zu tun haben, alle Gemeinde- und Staatsbehörden die Vorgänge auf dem Heizstoffmarkt mit höchster Aufmerksamkeit verfolgen, um nötigenfalls auch bei den durch Kohlenmangel entstehenden Schwierigkeiten die Volksernährung unter allen Umständen sicherstellen zu können.

Zentrum, Wahlreform und parlamentarisches System.

Die Mehrzahl der Zentrumsblätter tut angeichts des unabwehrbaren Herannahens des gleichen Wahlrechts für Preußen aus Gründen der Agitation so, als ob es nie eine ehrlichere und eifrigere Vorkämpferin für das gleiche Wahlrecht gegeben habe, als die Zentrumsparlei. Es kann aber aus der Geschichte der Wahlrechtskämpfe in Preußen niemals ausgemerzt werden, daß in dem Aufruf der preussischen Zentrumsparlei bei der Wahl von 1913 das gleiche Wahlrecht ausdrücklich preisgegeben wurde und daß eine ähnliche Befundung parteipolitizeller Art auch aus der letzten Zeit vorliegt. Die „Köln. Volkszeitung“ macht auch jetzt noch kein Hehl daraus, daß sie lieber ein Pluralwahlrecht für Preußen gehabt hätte. In einem Artikel über Bethmann's Verabschiedung dankt sie ihm lediglich für die Beseitigung des Jesuitengeiehes; die Wahlreform bucht sie als alleiniges Geschenk an die Linke. Tags zuvor hatte sie in einem Leitartikel erklärt, die Sozialdemokraten würden, „das kann nicht verschleiert werden, das Recht haben, die jetzige Entwicklung als einen Erfolg ihrer Agitation zu betrachten“. Im Anschluß daran gibt das Blatt der Sozialisten über diese Entwicklung Ausdruck; es schreibt u. a.: „Wir können nicht leugnen, daß wir darüber nicht ohne große Sorge für die Zukunft sind. Jede Modifikation des „gleichen“ Wahlrechts, wie etwa ein Pluralwahlrecht sie hätte bringen können, ist abgelehnt. Die landläufige Schablone des dekrinären Demokratismus wird angewandt, ohne daß weiter untersucht wird, ob sie für Preußen, so wie es ist, und wie es geschichtlich geworden ist, auch paßt. Das Prinzip der konsequenten Majorisierung, der Grundbaustein der Mindezahl der Köpfe sich der Mehrzahl unterzuordnen hat, wird anerkannt, und die Folgen für die Gestaltung unserer weiteren Entwicklung sind damit vorgezeichnet. Der Gedanke der Autorität ist zurückgedrängt. Die Verantwortlichkeit für diese Entwicklung trifft in allererster Linie den

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

1. Fortsetzung.

Sie stiegen beide die Stufen hinauf, der Legationsrat blieb zurück, den Postillon zu befrichtigen und Befehle zu erteilen. Der Wagen wurde in den Hof gefahren, wo ein grautöpfiger Diener sich einstellte, der mit Hofmeisterlicher Würde berichtete, daß die Zimmer im oberen Geschlo für die Herrschaften bereit seien. Als der Baron alles im besten Zuge fand, folgte er der Gräfin nach und lächelte vor sich hin, als er ihre Aeußerungen über die Gesellschafterin mit dieser verglich, wie er sie gesehen hatte.

Es war allerdings etwas Ungehörliches in ihrer Erscheinung, allein der Baron fand diese mehr lächerlich als fürchterlich. Sie war groß und muskelkräftig, von starken Brust- und Kapsformen, und ihre Stimme klang so tief, wie die Stimme eines Mannes. Dazu paßte ebensowohl das nicht zu langende Bartchen auf ihrer Oberlippe, wie die dunklen großen Augen, die einen männlich festen Ausdruck hatten. Ihren Zügen fehlte alle weibliche Weichheit, allein es fehlte ihnen nicht die Harmonie und eine gewisse selbstbewußte Tatkraftigkeit. Der Legationsrat fühlte sich dadurch am allerwenigsten angezogen, im Gegenteil empfand er Widerwillen davon, und kein Gesicht drückte unerscholenen Spott aus; allein er war mit dem Resultat doch sehr zufrieden. Sie hat diese Person ein Ungeheuer genannt und hat sich vor ihr gürchtet, sagte er lächelnd. Ich müßte mich sehr irren, so wird sie in kurzer Zeit den besten Abscheu vor dieser Hausgenossenschaft empfinden, und das ist sehr wünschenswert. Es wird am besten sein, wenn ich mich weiter in nichts mische.

Mit diesem Entschlusse betrat er das Haus und sah sich in dem Korridor um, der es der Länge nach durchschnitt. Man findet in der Schweiz, wo es keine fürstlichen Paläste oder Ritterliche mächtiger Barone gibt, eine verhältnismäßig große Zahl stattlicher Landhäuser, die den Namen Schlösser verdienen, ihn zuweilen auch führen. In früherer Zeit, besonders im vorigen Jahrhundert, gehörte es zur Mode, in der Schweiz ein Hof zu suchen, sich dort anzukaufen oder anzubauen, und die Flüchtlinge jener Zeit waren nicht arme ausgestoßene Verbannte oder auch arm gewordene Krämer, sondern zum guten Teil Männer von Rang und Namen, welche ihren naturphilosophischen, ideologischen Träumereien nachhängen wollten, dabei aber in bequemer und vornehmer Weise rousseauschen Ideen huldigten. Auch dies Haus wurde wahrscheinlich von einem solchen Philosophen er-

baut, und sein jetziger Besitzer, Graf Christian Geriau, war ein ebendürtiger Nachfolger. Er hatte ebenfalls vor der Welt und ihrer Anzichtheit sich hierher geflüchtet, und philosophisch einjam genug sahien dieser alte Bau zu sein. Der Legationsrat gewahrte keinen Menschen, der ihn zurechtgewiesen hätte. Dagegen sah er ein Dutzend Türen und eine breite Treppe, welche nach oben führte. Der Korridor schien frisch geweißt, die großen Flügeltüren aber mit ihren erblindeten Goldleisten und abgestoßenem geschmückten Köpfen sahen alt, doch warm aus; ebenso das große Fenster im Hintergrunde, dessen bunte Glasstücke da und dort mit gewöhnlichen Glasstücken ausgefüllt waren.

Die Prosa des nützlichen Lebens, gehandhabt von Fräulein Babette, welche sich den romantischen Glanz der Halse schaffte, sagte der Legationsrat lächelnd, indem er eine der Türen öffnete und etwas überrascht auf der Schwelle stehen blieb. Er fand den Auspruch, den er schon getan, hier noch mehr bestätigt. Das hohe Gemach von altertümlichem Ansehen mußte einmal viel Geld gekostet haben. Dunkles Getöse verriet bis zu den gewirkten vorräuchernden Tapeten hinauf. Das gemachte Deckenstück wurde von reicher Stuckarbeit eingefast, doch diese wie jene, waren vergilbt und zerbröckelt. Auf der einen Wandseite befand sich ein großer darin eingelagerter Spiegel, an der anderen Seite ein Marmorlamina; in der Mitte aber stand ein langer brauner Tisch der gewöhnlichsten Art, auf welchem allerlei Wirtschaftsgegenstände und Küchengeräte, Fleisch, geruppte Vögel und Braten, samt einer Galerie von ähnlichen Dingen Platz fanden. Was den Legationsrat jedoch weit mehr anzog, war eine junge Bäuerin, welche an diesem lehnte und, ihm den Rücken halb zugekehrt, ein Bild betrachtete, das über dem Kamin hing. Die Hände vor ihrem Geiß gestützt, schaute sie unwegsam zu dem Bilde hinauf, das eine reich gekleidete Dame darstellte, und da der Baron die Tür leise geöffnet hatte, schienen sie anfangs nichts von ihm zu hören. Er konnte sie einige Minuten lang ungestört betrachten, wobei er sein Glas, das an einer Schürze hing, zur Hilfe nahm, und was er sah, schien wenig genug von ihm zu gefallen. Die schlank und dabei kräftige Gestalt nahm sie in dem schattigen Zimmer sehr gut aus, und selbst die Sonnenstrahlen der Bäuerin hatte etwas Mädelches. Ihre weichen kurzen Haare, das Wieder mit der kurzen biden Silberkette, das sein geübtes Borbendgen, die weichen Sträuße und die weisse Halsbinde bildeten eine liebliche Landschaft. Als er Geduldi machte und sie sich nach ihm umdrehte, sah er in ein hübsches, doches Gesicht, dessen heile, treue Augen ihn betrachteten, aber keineswegs anstarrten. Gestalt in der sie stand, war ein Bild, das dem Baron

Rein Herr, ich komme nur zu Zeiten her, antwortete sie mit einem kleinen Knix.

Es was tust du denn hier? Ich war auf das Babil. Es ist davongelaufen, weil die alte Susanne hereinprang und rief, es komme ein Wagen mit Gästen.

So ist dies also des Fräuleins Wirtschaftszimmer? Ja Herr, Ihr seht's wohl. Wenn du aber auch nicht ins Haus gehörst, mein liebes Mädchen, sagte der Legationsrat, wirst du mir doch sagen, wo es nach dem Garten hinausgeht?

Auf der andern Seit', Herr, führt die Tür hinaus. So danke ich dir. Er blieb noch einen Augenblick stehen und deutete auf den Korb, der in ihren Händen lag und mit einem Zinnentisch bedekt war. Was hast du denn da drinnen? fragte er. Frische Äpfel, Herr.

Anken? O, ich erinnere mich, das ist das schweizerisch deutsche Wort für Mutter. Es mag so sein. Wir nennen's Äpfel. Hast du weiter nichts zu verkaufen? Nichts, Herr.

Und hast doch so viel Begehrteswertes! lächelte er mahnend, und lebe wohl. Lebet wohl, Herr! sagte sie.

Sie hatte ihm den richtigen Weg gewiesen, denn als er die Tür gegenüber öffnete, trat er in einen sonnenhellten Garten, dessen weitgedöfneten Eingänge auf einem Säulenbau mündeten, bis zu dessen Stufen der Garten reichte. Ein herrlicher Platz war für dies Landhaus gewählt. Auf einem Hügelvorsprung lag es dicht am Abhange, der in terrassenförmigen Geländen zum Seeufer niederließ. Materielle Fernsichten öffneten sich über den See fort auf die waldigen Felsgebirge, hinter denen das Schweizerland liegt, und weiter südwärts, wo die schneeigen Berge von Uri an den Wolken zu hängen schienen. In nächster Nähe nahmen Garten und Park den Rücken des Hügels ein. Die Sonne leuchtete hier auf Blumenbeete und Fruchtbaum bis zu einer Doppeltreihe alter Linden, welche ihren Strahlen ein Ziel setzten, und in deren tiefhängenden Zweigen der Seewind flüsternde und die Vögel sangen.

Als der Legationsrat dies alles mit raschem Blick betrachtete, hörte er die froh klingende Stimme der Gräfin unter den Bäumen. — Ein sehr freundliches Wiedersehen wird dort gefeiert, jagte er, ich komme aber hoffentlich immer noch zur rechten Zeit. (Fortsetzung folgt.)



Reichstänker und Ministerpräsidenten, welcher ungefähr alles verjagt hat, um die verständigsten und sichersten Richtlinien der Oberbolschafft festzuhalten und durch seine gesamte Haltung seit Monaten die jegliche Entscheidung tatlos heranzutreiben ließ.

Weiter fragt die „Köln. Volkszeitung“: Soll auf dem beschrittenen Wege des Nachgebens (!) gegenüber den Bestrebungen der Linken fortgefahren werden? Und sie macht schließlich den biedermännlichen Vorschlag, das gleiche Wahlrecht jetzt anzunehmen, dann aber auf die Einführung des förmlichen parlamentarischen Systems zu verzichten.

Das Hauptorgan der bayrischen Zentrumsparterie, der „Bayr. Kurier“, der schon früher die „ganz ungehörliche Präponderanz“ der preussischen Wahlrechtsfrage in der Reichspolitik beklagt hatte, droht jetzt in aller Form mit „Konsequenzen“, wenn sich Zentrumsabgeordnete auf den Boden des parlamentarischen Systems stellen würden. Die Parlamentarisierung der Regierung sei mit dem Parteiprogramm des Zentrums vollständig unvereinbar; die Parlamentarisierung des Reiches verstoße gegen dessen föderativen Charakter. Der Artikel schließt mit der Drohung: „Wir haben mit aller Deutlichkeit gesprochen; diejenigen, die es angeht, werden wissen, was wir meinen. Das bayrische Zentrum kann und wird eine Verletzung der hier behandelten Parteigrundsätze niemals mitmachen. Wer glaubt, diese Grundsätze nunmehr aufgeben zu können, mag hieraus die Konsequenzen ziehen, gleichviel, welche Stellung er bisher innerhalb der Zentrumsparterie eingenommen hat.“

Unter diesen Umständen darf man auf das Ergebnis der Verhandlungen des in dieser Woche in Frankfurt a. Main zusammentretenden Reichsausschusses der Zentrumsparterie mit Recht gespannt sein. Den Anstoß zu dieser Tagung gab der bayrische Zentrumsführer Held.

### Lapfere Rede eines Sozialisten.

In der italienischen Kammer werden jetzt die Tagesordnungen zur politischen Lage begründet.

Der sozialistische Deputierte Treves führte in Begründung der von ihm eingereichten Tagesordnung für einen jähneln Frieden und eine internationale Erneuerung Europas aus, der Krieg diene dem Kabinett Solferino als Vorwand, um über Italien hinwegzukommen, ohne sie zu lösen. General Caborna habe kein Recht, Telegramme zu verfassen und zu veröffentlichen, die Parteien betreffen, und hierzu parteiisch Stellung zu nehmen. Die Militärbehörden jenseit über jede Weise, die Gewalt über die politische Behörde zu bekommen, und dieser das Ansehen zu rauben. Italien kenne drei Kriegsforneln: die des heiligen Egoismus, die des heiligen Altruismus und jene des allenthalben zugreifenden Imperialismus. Sonnino, der in den Augen vieler immer noch die alte Eroberungspolitik und die Politik der Kompensationen und Gleichgewichte verfolge, mühe entschiedener bekennen, zu welcher dieser drei Formeln er halte. Beigiebt der Unabhängigkeit Albanien unter italienischem Protektorat lag Treves, ein Protektorat über ein freies Volk wie das albanische, das keine eigene Gerichtsbarkeit und Selbstverwaltung von jetzt hatte, sei unangebracht. Die Albaner könnten heute von den italienischen Soldaten daselbst sagen, was im Jahre 1849 Dante Manin von Österreich, das Venedig zu ausgehörtet verwalte, sagte: Uns liegt nichts daran, daß sie gut verwalte, die Hauptsache ist, daß sie ihres Weges gehen. (Sonnino ruft: Gewiß! Aber auch ander: dürften nicht hingehen!) Italien sollte, bevor es in Albanien und jenseit Verbindlichkeiten übernimmt, der verwahten Gegend Süditaliens gedenken. Die Politik Italiens gelange in Widerspruch zu den Interessen des neuen Ruhlands, das sich nicht für den eigenen Imperialismus schlagen wolle, also auch nicht in fremden Imperialismus einwilligen werde, den Italien und seine Verbündeten ja übrigens als Schwand des Krieges gegen die Zentralmächte und deren Militarismus zu gebrachten pilgen. Das Volk frage sich, wann es eine Grenz für seine Opfer geben werde. Die Völker werden das Schicksal des Krieges, inwieweit die Nationalitäten in Betracht kommen, durch Wahlzettel entscheiden. Ein französischer Akademiker habe in einem Buche geschrieben, daß die sogenannten unerlösten italienischen Gebiete gar keine Lust verspürten, sich von Österreich zu trennen. Daraus ergabe sich die Notwendigkeit der Plebiszite. (Sonnino ruft: Zur Überwindung der Plebiszite schiden wir dann einen Pittoni!) Die sozialistische Partei glaube, daß der Friede von internationaler Plebiszite herbeizuführen werden müsse, und habe deshalb der Stocholmer Konferenz zugestimmt. Anderen verweisen auch im Rahmen dieser Konferenz die italienischen Sozialisten niemals die Interessen Italiens. Ihre Formel sei: „weder Annexionen noch Entschädigungen und Freiheit des Lebens für alle Völker“. Aus den Schöngärten läme der Ruf: Im nächsten Winter darf nicht mehr Krieg sein! Der radikale Bantano erklärte dagegen, daß sich aus den Schöngärten keineswegs jener Ruf vernehmen lasse, den Treves angeführt habe, sondern der Ruf: Ausbarten, solange es die Grundzüge, Aspirationen und Interessen Italiens erheischen!

Rufe auf den Säulen der sozialistischen Linken: Höret doch endlich mit dieser nutzlosen Rhetorik auf! Auch die Soldaten sind müde! — Dieser Zwischenruf gab Anlaß zu einem Faustkampf auf der äußersten Linken.

### Der Frauen Kriegsdienst.

Die Frau ist in das Erwerbsleben eingegliedert, und es kann nicht angenommen werden, daß da nach dem Kriege eine vollständige Bewegung eintreten werde. Das Gegenteil mag erwartet werden, gegründet auf die Verhältnisse und Eingriffe, die der Krieg vorgenommen hat. Selbst wenn man annimmt, daß nach dem Kriege der größte Teil der Kriegsarbeiterinnen zum Teil aus dem Erwerbsleben ganz auscheiden und zum Teil in frühere Berufe zurückkehren wird, und das wird ja sein, so wird dennoch ein bestimmter Teil auf dem im Krieg ererbten Arbeitsplätze bleiben. Aus ganz einfachen Gründen. Erstens, weil nach mehr Frauen werden arbeiten müssen; zweitens, der Krieg hat Frauen und Mädchen in das Erwerbsleben geschleudert, die früher eine andere Lebensbetätigung oder eine andere Zukunft vor sich hatten. Der Krieg hat auch Frauen an Arbeitsstellen gebracht, wo man früher von Frauen gar nicht geträumt hat. Und das entbehrende ist, daß es sich so vielfach bewährt haben.

Es wird gewiß auch andere Erfahrungen geben. Es werden aber welche Rückschlüsse auf die im Krieg ererbte weibliche Leistungsfähigkeit angenommen. Vielleicht darf man das nicht alles einfach nehmen, weil nicht jeder hier und da schon die geheime Angst dahinter, daß gegen die Zukunft zu kämpfen, das heißt gegen die „Begrifflichkeit“ der Arbeiterklasse nach dem Kriege. Mit einer großen weiblichen Reservearmee in Bereitschaft kann man rechnen, das Arbeiter mehr zuzunehmen, als diese ertragen können. Darin ist es von großer Wichtigkeit, in welchem Maße der Krieg das Erwerbsleben der Arbeiterinnen in das Erwerbsleben gedrängt hat. Über Zweifel alle die, die durch den Krieg proletarisiert wurden, jetzt auch die, die den Gatten, den Vater verloren haben, und viele, denen der Krieg die künftigen Heiratsaussichten geraubt hat. Auch Beschäftigten solcher Art, wo Dienstleistungen Arbeiterinnen gemacht sind, werden vielfach Einflüsse ausstrahlen. Denn das Bedürfnis nach Dienstleistungen hat sich im Kriege vermindert. Mühseligkeiten sind vermindert, wo man zwei Mädchen hatte, mag eines genügen, wo man drei hatte, genügt ein Mädchen ohne Hausgehilfe. Die lange die Verhältnisse zu ändern werden, läßt sich natürlich nicht erwarten, je mehr aber der Arbeitsmarkt befristet. Sie

gebieten auch den Arbeitern, die Dinge offenen Auges zu betrachten.

Die Arbeiterorganisationen Deutschlands haben über die Frauenarbeit im Krieg viel Material gesammelt, das zum großen Teil in der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“, dann in verschiedenen Gewerkschaftsblättern veröffentlicht wurde. Einiges von den Feststellungen, die in Deutschland erfolgt sind, wollen wir hier erzählen, zur Beleuchtung der Frauenarbeit im Kriege: zum Nachweis, daß es eine der größten Lügen war, wenn man immer, so oft die Frauen politische Rechte forderten, gesagt hat: „Wozu politische Rechte? Frauen müssen ja nicht Soldaten sein, sie ziehen ja nicht in den Krieg!“

Heute weiß man, daß auch hinter der Front schwere Kriegsoffer zu tragen sind und daß es ohne die Mitarbeit der Frau in der Kriegswirtschaft in allen Ländern wahrscheinlich keinen Krieg mehr geben könnte. Munition, Monturen, Nahrung, alles würde fehlen. Was die Frauen für den Krieg leisten — ohne daß sie sich aus Neigung diese Tätigkeit gewöhnt haben, selbstverständlich —, erzählt man von den Eisenbahnerinnen. Aus einem Berliner Großbetrieb wird berichtet, daß Frauen und Männer an ganz gleichen Maschinen beschäftigt sind; beide ungelern, beide leisten die gleiche Arbeit, beide brauchen Einrichter. Die Arbeiterin bekommt aber nur die Hälfte vom Akkordpreis des Mannes! Schwächere Frauen nur ein Drittel und weniger vom Männerlohn. Leistet aber die Frau mehr als der Mann, so erhält sie trotzdem weniger Lohn. Ein Wochenlohn von 15 Mark bei täglich zehnstündiger Arbeitszeit ist bei Arbeiterinnen häufig. Die schwachen schußbedürftigen Frauen!

In der Chemnitzer Metallindustrie bedienen Arbeiterinnen drei bis fünf Fräsmaschinen zu gleicher Zeit. Im Hüttenwesen, wo die Arbeit an die physische Leistungsfähigkeit besondere Anforderungen stellt, erziehen drei Frauen zwei Männer. Manchmal erzieht aber auch eine Frau einen Mann. Selbst im Kesselhaus der Königshütte, eins der größten Eisenwerke Oberschlesiens, arbeiten 40 Frauen als Kesselheizerinnen! Sie leisten die gleiche Arbeit wie die Männer. Die Granatengüterkontrolle wird auch von Frauen besorgt. Jede Granate wird mit einem Hammer abgeklopft, um Fehler herauszufinden. Für diese Arbeit wird ein Stundenlohn von 35 Pfennig bezahlt. Das Uebersehen eines Fehlers wird mit 50 Pfg. Abzug bestraft. Die Arbeiterinnen bekommen schwierige, aufgeriebene Hände.

Bemerkenswert ist übrigens, daß im preussischen Bergbau, wo vor dem Kriege 3000 Frauen gearbeitet haben, 1916 30 000 Frauen beschäftigt wurden. Sie machen schwere Arbeiten, wie Entladungen, Belastungs- und Aufräumungsarbeiten.

Im preussischen Abgeordnetenhause hat schon am 28. Februar 1916 beim Etat der Eisenbahnverwaltung der Minister für öffentliche Arbeiten über 35 000 beschäftigte Frauen berichtet und es wurde erwartet, daß sich diese Zahl bis Ende 1916 auf 45 000 vermehren würde! Bei den sächsischen Bahnen gab es nach einem Bericht im sächsischen Landtag im Frühjahr des Vorjahres 2000 Arbeiterinnen, unter ihnen 740 in dauerndem Arbeitsverhältnis.

Die Organisation der Bauarbeiter Deutschlands hat 1916 eine Erhebung über die Frauenarbeit veranlaßt. Von 859 Zweigvereinen haben 815 geantwortet; 183 große Orte berichteten über eine Frauenarbeit. 944 arbeitende Frauen wurden demnach gezählt, davon arbeiteten 3995 auf Hoch- und Tiefbauten und bei Erdarbeiten. Ferner bei militärischen Zwecken dienenden Bauten. Mit Schieblaren jahren sie Kies, sie schachten Baugruben aus, sie arbeiten an Mähmaschinen für Beton und bedienen Materialzüge, wie sie auch mit schwerem Eisenzeug hantieren. Als Hilfsarbeiterinnen arbeiten sie beim Pfeilen und machen selbständige Tümpelarbeiten. Auch beim Straßenbau sind sie tätig. Dazu ist zu bemerken, daß nach der Gewerbeordnung Frauen diese Arbeiten verboten sind. Aber der Krieg! Das bemerkenswerte ist, daß, obwohl die Unternehmerschaft wie der Staat die Mitarbeit der Frauen bei diesen, ihrer Natur nicht entsprechenden Arbeiten nicht entschärfen können, sie sie dabei sehr leicht bejahen. Nach der Erhebung des Bauarbeiterverbandes ist der höchste Stundenlohn für Frauen 60 Pfg., sie bekommen aber auch nur 15 Pfg. Der Tagelohn beträgt in Berlin von 1.50 Mark bis 1.70 Mark. Frauen erhalten nur zwei Drittel des niedrigeren Männerlohnes.

Diese paar Beispiele genügen wohl, um die Phrasen von den großen Kriegsverdiensten der Arbeiterinnen in das rechte Licht zu rufen. Gewiß werden auch höhere Löhne gezahlt, zeitweise sogar sehr hohe, aber sie verhältnismäßig gegen die Masse niedriger und ganz niedriger Löhne. Wobei ja noch die teure Lebenshaltung und die Anforderung an die Körperkraft in Anschlag gebracht werden müssen. Die Bauarbeiter haben übrigens beschlossen, Frauen nicht in ihren Verband aufzunehmen, da ja deren Tätigkeit im Bauwerke nur für den Krieg gedacht, sonst aber geistlich verboten ist; jedoch will die Organisation alles tun, um die Lage der Arbeiterinnen günstig zu gestalten.

Nach einer bisher von der Frauenarbeit verkannt gebliebene Arbeiterkategorie des Deutschen Reiches hat mit den Unternehmern verhandelt, während des Krieges und wegen Mangels an männlichen Arbeitskräften die Frauenarbeit zuzulassen. Es ist der Verband der Buchdrucker, der mit dem Tarifamt vereinbart hat, Frauen für die Kriegsdauer an der Setzmaschine und Setzlehren zuzulassen. Zu wünschen wäre, daß auch der Beruf der Kesselheizerinnen nur auf den Krieg beschränkt bleibt, sowie auch die Arbeit der Frauen an den Gläsern der Porzellanfabriken, wo sie bei einer Temperatur von sechzig bis siebenzig Grad arbeiten müssen.

Kann man bei dieser Tätigkeit der Frauen im Kriege noch behaupten, daß sie nicht reif seien, an den Geschäften der Gemeinde oder des Staates Anteil zu nehmen? Kann man noch aufrechterhalten, daß die Frauen nur an Haus, Herd und Familie gebunden sind, daß sie aber von der Politik ihre Hände lassen sollen, weil sie für den Beruf der Gesetzgebung nicht geeignet sind? Sind die Frauen an der Arbeiterklassegesetzgebung wirklich nicht beteiligt?

### Gewerkschaftsbewegung.

Lebenslagen und Tarifbewegung im Holzgewerbe. Bei der herrschenden Teuerung haben die Holzarbeiter sich seit mehr als Monatsfrist um erneute Lebenslagen bei ihren Arbeitgebern bemüht. Die Unternehmer haben jedoch — mit verschwindenden Ausnahmen — des bestehenden Tarifverhältnisses vorgelagert und ernstliche Verhandlungen über diese von den Arbeitern erhobene Forderung an den einzelnen Orten abzuwehren gesucht. Für solche Verhandlungen sollten nach ihren Einwendungen nur die Zentralorgane der beiderseitigen Organisationen zuständig sein. Bei dieser Sachlage sah sich der Verband des Holzarbeiterverbandes veranlaßt, dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe Anfang Juni zentrale Verhandlungen über die bis dahin an den einzelnen Orten gestellten Forderungen der Arbeiter anzubieten. Wie bei den meisten derartigen Fällen, hat es auch dieses Mal recht lange gedauert, bis die Unternehmer ihre Vorbereitungen für solche Verhandlungen getroffen hatten; doch werden diese Verhandlungen wann auch in den nächsten Tagen an der Leitung des Kriegsausschusses vor sich gehen. Der Holzarbeiterverband hat inzwischen auf einer Kreisversammlung am 11. und 12. Juli, zu welcher Vertreter aus fünf Vertragsorten delegiert waren, zu den bevorstehenden Verhandlungen Stellung genommen. Nach gründlicher Prüfung aller in Betracht kommenden Umstände hat die Konferenz ihre Stellung in nachfolgender, einräumig beschlossener Resolution festgelegt:

Unter dem Druck der wachsenden Teuerung, die die Existenz der Arbeiterbevölkerung außerordentlich und in steigendem Maße bedroht, haben die Holzarbeiter im Reich, geführt auf das im vorigen Jahre vor dem Reichsausschuss des Innern getroffene Uebereinkommen, schon seit Monaten erneute Lebensforderungen an die Arbeitgeberorganisationen gestellt. Die heutige Konfe-

renz von Vertretern aus 105 Vertragsorten beauftragt den Verhandlungsleiter, die Forderungen in Höhe von mindestens 30 Pfg. für die Stunde mit den entsprechenden Nebenforderungen bei den von den Arbeitgebern angebotenen zentralen Verhandlungen mit größtem Nachdruck zu vertreten. Die Konferenz protestiert gegen die wochenlange Verzögerung dieser Verhandlungen durch die Arbeitgeber und verlangt unter allen Umständen jetzt eine schnelle Erledigung, weil der Verband die Verantwortung für die andernfalls entstehenden Folgen nicht zu tragen vermag.

Das Ueberwiegen der weiblichen Arbeitskraft in der Tabakindustrie. Nach einer kürzlich vorgenommenen Erhebung waren im Bezirk des 14. Armeekorps (Baden und der äußerste Teil Oberelsaß) 24 483 Tabakarbeiter beschäftigt. Von diesen waren 21 483 weibliche und genau 3000 männliche Arbeiter. Von den letzteren können nach 1576 zum Heeres- oder Hilfsdienst eingezogen werden. Der Rest verteilt sich auf solche männliche Arbeiter, die entweder das heeres- oder hilfsdienstpflichtige Alter noch nicht erreicht, oder daselbst bereits überschritten haben. Unter den 1576 Arbeitern, die noch zum Heeres- oder Hilfsdienst herangezogen werden können, befindet sich eine größere Anzahl Kellner, Sortierer, Wäcker usw. Wie man aus diesen Zahlen ersieht, sind die männlichen Tabakarbeiter in Baden schon fast ganz verschwunden.

### Aus Nah und Fern.

Ein Familiendrama hat sich in der Riffinger Straße in Steglitz abgespielt. Die dort wohnende Schriftsetzerin Emilie Schuster, deren Mann im Felde steht, war schon seit langem nervenkrank. Das Leiden verschärfte sich immer mehr, und die Frau verfiel schließlich in Schwermut. In dieser Gemütsstimmung äußerte sie wiederholt Selbstmordgedanken. Seit einigen Tagen wurden weder Frau Schuster noch deren 7jährige Tochter Agnes gesehen. Man nahm an, daß Mutter und Kind zu Verwandten aufs Land gereist seien. Erst als aus der Schusterischen Wohnung starker Gasgeruch drang, schlopfte man Verdadacht und ließ die Wohnung öffnen. Man fand Mutter und Tochter tot im Bette auf; sie waren einer Leuchtgasvergiftung erlegen. Alle Gasahnde der Wohnung waren geöffnet.

Drei Begleitete wurden auf der Zeeke Werne infolge verbotswidriger Grubenfahrt getötet.

Lebensmittelschiebungen und Beschlagnahme von Waren. Wegen Lebensmittelschiebungen wurden, der „Schles. Ztg.“ aus Beuthen zufolge, 10 Personen aus den ober-schlesischen Industriebezirken verhaftet, aber wieder freigelassen. Unter den Verhafteten befindet sich ein Dresdener Kaufmann. Mehrere Eisenbahnwagen mit Seife und anderen Waren im Werte von einer Million Mark wurden beschlagnahmt.

Gegen die Mietssteigerungen. Sämtliche Kündigungen, die die Danziger Hausbesitzer am 1. Juli ausgesprochen haben, sind jetzt von der Kommandantur für nichtig erklärt worden. Die Kündigung von Wohnungen ist fortan nur mit Genehmigung der Kommandantur gestattet. Diese Anordnung hat rückwirkende Kraft.

Durchhalten auf treu-alledeutsche Art! Die „Deutsche Zeitung“ bringt in ihrer Morgenausgabe vom 10. Juli 1917 folgendes Inserat:

Bitte.  
Welcher Landwirt liefert an treu-alledeutsche mit zahlreicher Familie je 1 Ztr. Erbsen, Puffbohnen und Mohrrüben (Karotten) für den Winter zum Einfachen gegen angem. Bezahlung? Angebote an Direktor Mahlfiedt, Hannover, Dohsenstraße 8.

Das nennt der treu-alledeutsche Herr Direktor: Durchhalten. Die anderen können ja verhungern. Wenn dann Arbeiter aus Not und Entbehrung in den Streik getrieben werden, der ihnen einige Gramm Brot bringen soll, dann sind es die Hundsfotte. Und wo ist hier der Schuttmann, der an dem Bahnschiff steht, um armen Kindern die drei Pfund Kartoffeln abzunehmen, die sie Stundenweit aus den Dörfern holen, barfuß, mit dem Rucksack auf dem schwachen Rücken?

Eine Antwort, die Höner und Zähne hat. Ein Frankfurter Leser, der eine württembergische Sommerfrische aufzusuchen gedachte und als vorläufiger Mann sich vorher erkundigte, wie es mit der Verpflegung stehe und ob er insbesondere Milch, Butter und Eier bekommen könne, erhielt von dem treuerhizigen Gastwirt die folgende geharnischte Antwort:

„Bezugnehmend auf Ihre Anfrage kann ich Ihnen keine solche letzten betrefft ichler Milch, Butter, Eier und Fleisch wir sind im Kriegszustand, und da muß sich jedes mit seinen Ansprüchen mäßigen. Die Pension ist 6.20—7.00 Mk. geboten kann nur das Gelehl. erlaube vom Kommunalverbande jedem nachzuzugangsgehörigen zutreffende. Erforderlich, sind 4 mtl. Abmeldung vom Nahrungsmittelamt, Reichs-Gastbrotmarken, Reichsfleischmarken, u. Zuder. Glauben Sie daß wir in... uns noch Mästen können, den wof Waid ist, kann auch nichts sonst waschen.“

Uachtungsvoll  
N. N.“

„Lassen Sie sich vom Reichsernährungsamt einen ausweiss geben, daß Sie mehr recht haben wie ein verjorgungsberechtigter Einwohner, daß Sie es nötig haben recht ichl Milch, Butter, Eier und Fleisch für sich zu beantragen. Wir fügen uns mit 4 l. Milch pro Tag, 8 Gr. Butter pro Tag, 26 Eier pro Jahr, und 500 Gr. Fleisch in der Woche und sind auch noch da, und sind noch besser daran als wof die Kanonen Ihre unweihen treiben.“

### Literarisches.

Zu den jetzigen Verfassungskämpfen empfehlen wir das vor einigen Jahren erschienene Buch von Georg Gradnauer „Verfassungsweisen und Verfassungskämpfe in Deutschland“. Das Buch ist eine wichtige Unterlage zur Beurteilung der gegenwärtigen Verfassungskämpfe. Der Verfasser gibt in großen Umrissen eine gemeinverständliche Darstellung der Entstehung des Deutschen Reiches, wie es sich aus den politischen Wirren und den wirtschaftlichen Rückschlägen des 19. Jahrhunderts entwickelt hat. Es legt dar, in welchem Verhältnis Reich und Bundesstaaten zu einander stehen, schildert die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Organe des Reiches: Kaiser, Kanzler, Bundesrat, Reichstag, und die Aufgaben, welche der Verwaltung des Reiches: Auswärtiges Amt, Heereswesen, Marineverwaltung, Kolonialamt, Reichsgericht, Reichsausschuss des Innern usw., obliegen. Er behandelt die Mängel unserer verfassungsmäßigen Zustände, die im Widerspruch stehen mit dem wirtschaftlichen Aufschwung des Reiches und die deshalb zur Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens als eine nationale und kulturelle Notwendigkeit hindrängen. In den Kämpfen um die Demokratie, sagt der Verfasser, keine Schlussfolgerungen zusammenfassend, ist der Arbeiterklasse als dem kräftigsten Träger der wirtschaftlichen Entwicklung die wichtigste Aufgabe zugewiesen. Sie muß das Deutsche Reich von den veralteten Mächten der Vergangenheit lösen und zu einem vollständigsten Gemeinwesen gestalten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

Inferate  
finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnen will, inseriere im „Lübecker Volksboten“